



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1906

30 (18.1.1906) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-417294](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-417294)

General-Anzeiger



(Badiſche Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwei Mal.

E 6, 2.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin W 50.

Redakteur: Dr. Paul Harms, Würzburgerstraße 15.

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telephon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1448

Druckerei-Bureau (Mannheim) 842

Redaktion: 1111 877

Expedition: 1111 818

Abonnement:
70 Pfennig monatlich.
Erlangt durch die Post bez. und Postausgang M. 2.43 pro Quartal.
Einzeln-Nummern 7 Pf.

Inseraten:
Die Kolonial-Reise... 20 Pf.
Auswärtige Inserate... 25 Pf.
Die Reklame-Reise... 30 Pf.

Nr. 30.

Donnerstag, 18. Januar 1906.

(Abendblatt.)

J'accuse —!

(Von unserem Berliner Bureau.)

Hs. Berlin, 17. Jan.

Ein einziger Rotschrei, eine einzige große Anklage wider den Bundesrat war die heutige Reichstags-Sitzung. Der Angeklagte aber war nicht erschienen. Zwar ganz so gleichgültig, wie 1904 bei der letzten Verhandlung der Diätenfrage, wo 2 Duzend blaue Attendee den Bundesrat repräsentierten, hatte er sich diesmal nicht über den Fall hinweggesetzt. Für kurze Zeit erschien der Chef der Reichskanzlei, Herr v. Lohde, im Saale, und Unterstaatssekretär Wermuth hielt sogar die ganze Sitzung durch aus dem Platte seines Vorgesetzten, des Grafen v. Helldorf, aus — und litt schweigend. Auch eine dicke Aktentasche hatte er mitgebracht und vor sich hingelegt, aber er zog nicht das kleinste Blatt Papier daraus hervor — an Ergänzungen hat der Herr Reichskanzler vorläufig genug, wie es scheint.

Das Haus war zu dieser Verhandlung „in eigener Sache“ auffallend gut besucht — wenn es auch vielleicht nicht beschlußfähig war. In beiden Reihen füllten die Zuhörer die Tribünen. Den Antrag Hompesch begründet kurz, aber mit einer kräftigen Dosis rheinischen Humors, Herr Reich vom Zentrum. Er sagt dem hohen Bundesrat und besonders dem Fürsten Reichskanzler allerhand anzügliches Liebenswürdigkeiten und trägt seine bissigsten Bemerkungen im behaglichsten Tone von der Welt vor. Die sehr ernste Seite der Frage kommt zu ihrem vollen Recht in der Begründung, die Abgeordneter Bassermann seinem Antrage mit auf den Weg gibt. Das weiterverzeitelte Bedenken, Tagelöhner würden vor allem der Sozialdemokratie nützen, teilt er nicht. Bei dem großen Kapitalvermögen, das die Partei des Antikapitalismus angehäuft hat, sollen so geringe Summen in der Tat kaum ins Gewicht. Um so ernster aber ist die Gefahr zu nehmen, die infolge der Diätenlosigkeit des Reichstags immer näher rückt: daß nämlich eines schönen Tages, bei irgend einer zweiten Lesung, mehr Sozialdemokraten als Bürgerliche im Hause vertreten sind und daß man dann böse Ueberraschungen erlebt. In langer Reihe folgen nun die Fraktionsredner. Die meisten fassen sich kurz; wer wollte zur Diätenfrage auch noch neues vorbringen? Mit Ausnahme weniger Konservativer sind in der Sache alle einig, allerdings verlangt die Rechte Kompensation bei der Geschäftsbildung. Etliche Redner erörtern auch die Frage, wie man auf den widerspenstigen Bundesrat einen empfindlichen Druck ausüben könnte. Herr Müller-Meinungen, der über die Stimmung Süddeutschlands manchen beherzigenswerten Wort sagt, möchte es mit dem Generalstreik versuchen, der Antifemil Werner mit der Sperte über die Gehälter des Bundesrats.

Ach nein, das sind untaugliche Mittel. Die Herren vom Bundesrat würden nicht sobald trodenes Brot zu knabbern brauchen, und der freitende Reichstag könnte auf ein entgegenkommendes Wort vom Regierungstische vermutlich länger warten, als ihm selber lieb wäre. Um die Frage „was tun“ ist's überhaupt ein böses Ding in einer Körperschaft, der der einheitliche Wille, der Korpsgeist in betrüblichem Maße abgeht. Bei so großer innerer Schwäche soll man sich auf Konspirationen, wobei es sich in letzter Linie um Sein oder Nichtsein des Parlamentarismus handelt, lieber nicht einlassen. Wenn man erstlich will, gibt's auch noch andere Wege. Es wäre zum Beispiel denkbar, daß sich für die Finanzreform oder einen wesentlichen Teil davon eine Mehrheit fände, die sich über das Maß bei zu Bewilligenden mit der Regierung einigte. Die könnte dann mit gutem Gewissen die Bedingung stellen: erst Diäten. Aber über die praktische Durchführung eines solchen, auf den ersten Blick sehr einfachen Verfahrens darf man sich ohne keiner Täuschung hingeben. Es wird vermutlich so schwierig sein, eine halbwegs verlässliche Mehrheit zustande zu bringen, daß niemand Lust haben wird, sie noch einer, außerhalb ihres besondern Zweckes liegenden Belastungsprobe zu unterziehen. Die Diätenfrage wird, je älter sie wird, mehr und mehr zur Machfrage, und eine Körperschaft, die vom Willen zur Macht so wenig in sich hat, wie der Deutsche Reichstag — und jedenfalls weit weniger als die Verfassungsurkunde ihr zumessen wollte — die wird sich auch fernherhin bescheiden müssen.

Freilich, es kann auch einmal anders kommen. Wenn die Partei, die von nichts anderem befeßt ist als von dem Triebe zur Macht, so weiter wächst: dann kann der Tag kommen, wo die Regierung es schwer bedauern wird, das bürgerliche Element nicht rechtzeitig gestärkt zu haben, durch Zustimmung zum Antrage Bassermann, gegen den sich im ganzen Hause kein Duzend Abgeordneter so ablehnend verhält — wie allein der übel betratene Bundesrat.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 18. Januar 1906.

Staatssekretär Febr. v. Richtofen.

dessen gestern Abend 11 1/2 Uhr erfolgten Tod wie im heutigen Morgenblatt gemeldet haben, war ein polytechnischer Beamter von reichen Erfahrungen und eminenter Arbeitskraft. Als geschickter Diplomat hat er sich vielfach bewährt. Freilich bot ihm das Amt, das er zuletzt bekleidete, wenig Gelegenheit, als selbständige Persönlichkeit hervorzutreten; mußten ihm doch des Kaisers und des Reichskanzlers starke Intentionen von vornherein maßgebend sein. Doch er sich diesen Intentionen anzupassen und die ihm gestellten Aufgaben gewissenhaft auszuführen konnte, kann man mit gutem Gewissen anerkennen.

Nun ist Febr. v. Richtofen, der auch im Reichstag viele Sympathien besaß, mitten aus seiner Berufstätigkeit herausgerissen worden. Dem Marokkokonflikt, der für ihn unermessliche Arbeit und gewaltige Erregungen bedeutete, hat er sich aufgeopfert. Gefallen auf dem Felde der Arbeit, wird Staatssekretär Febr. v. Richtofen allgemein aufrichtig betrauert.

Geschäftslage der Maschinenindustrie.

(+) Für die deutsche Maschinenindustrie hat das Jahr 1906 unter recht günstigen Auspizien begonnen. Das deutlichste Merkmal der Aufwärtsbewegung der Konjunkturfrage ist die Tatsache, daß das Preisniveau im zweiten Semester des vergangenen Jahres eine kräftige Hebung zeigte. Im Jahre 1904 war zwar schon eine Belebung der Nachfrage zu verzeichnen

gewesen; allein eine befriedigende Rentabilität des Betriebes konnte bei den meisten Maschinenfabriken hauptsächlich deshalb noch nicht eintreten, weil die Preise von der Krise her noch immer recht unlohnend waren.

Aus den Geschäftsergebnissen einer Reihe Maschinenbauanstalten, sowohl großer als auch kleiner Betriebe, für das Jahr 1905 geht hervor, daß eine geringere Dividende als im Vorjahre nur ganz wenige Gesellschaften verteilen; bei fast allen geht die Verzinsung des Aktienkapitals über die vorjährige hinaus. Bei ca. 20 der wichtigsten Maschinenbaugesellschaften verzinst sich 1904 das Aktienkapital zu ca. 8 pSt., im Jahre 1905 dagegen schwankt die Dividendenziffer zwischen 11 und 12 pSt. Das ganze Jahr hindurch gingen die Aufträge befriedigend ein, die Arbeitslosigkeit war so reichlich, daß vielfach Mangel an tüchtigen Arbeitern bestand; auch Leberstunden waren nichts seltenes. Fast alle Branchen des Maschinenbaues waren besser als im Vorjahre mit Arbeit versehen; verschiedene Umstände belebten die Nachfrage besonders im letzten Quartal des Jahres fort. Auf den Absatz in Deutschland erst Maschinen-übte der Gründungszeit in der Automobilindustrie einen großen Einfluß aus. Der Zweig der Maschinenfabrikation, der für die Zuckerindustrie arbeitet, verzeichnete gleichfalls einen gesteigerten Eingang von Aufträgen. Auch das Textilgewerbe und die Elektricitätsindustrie mochten starke Bestellungen. Gegen Ende des Jahres wuchs auch die Nachfrage der Eisenbahnen kräftig; allerdings war für den Lokomotivbau vor allem das Ausland ausschlaggebend. Der Begeh nach landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeugen war im September, der Hauptzeit, ganz besonders reger. Die Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge waren mit Aufträgen so überhäuft, daß in umfangreicher Weise mit Leberstunden gearbeitet werden mußte. In dieser flotten Beschäftigung war in erster Linie die heimische Landwirtschaft schuld, die auch noch für eine ganz beträchtliche Rebesten Käufer war. Für die Ausstattung der Landwirtschaft bieten sich der deutschen Maschinenindustrie noch recht günstige Aussichten. Der starke Import aus den Vereinigten Staaten von Amerika gefährdet diese Aussichten vorläufig nicht im mindesten. In den ersten elf Monaten 1905 führten die Vereinigten Staaten rund 134 000 Doppelzentner landwirtschaftliche Maschinen nach Deutschland aus gegen rund 95 000 im Jahre 1904. Auch Großbritannien trug zu der Einfuhrsteigerung bei. Für die deutschen Exporteure sind die Chancen weniger günstig, da der Hauptabnehmer Rußland seine Bezüge aus Deutschland eingeschränkt hat. Die Geschäftslage im Werkzeugmaschinenbau, der in ausgedehntem Maße für das Ausland arbeitet, war ebenfalls sehr befriedigend. Hier trat bemerkenswerter Weise gerade Rußland als starker Abnehmer auf. Seit 1903 vergrößerte es seine Bezüge aus Deutschland in den ersten elf Monaten um rund 14 000 Doppelzentner oder 50 pSt. Noch stärker war die Ausfuhrsteigerung nach Oesterreich.

Deutsches Reich.

* Straßburg, 17. Jan. (In den Reichsanlagen) grassiert noch immer eine tödliche Kriegsfurcht. Kengh-

Tagesneuigkeiten.

Konferenzen. In früheren Zeiten nannte man Konferenzen alle die feierlichen Zusammenkünfte zweier Souveräne oder ihrer Gesandten, die einen Vertrag herbeiführen sollten. Diese Konferenzen sind sehr zahlreich gewesen und manche alten Namen, die irgend ein Platz oder ein Ort in einer Stadt hat, weisen darauf hin. So hatte Paris früher ein „Konferenzort“, das nahe bei der „Place de la Concorde“ lag. Wie der „Gaulois“ schreibt, rührt diese Benennung daher, daß sich während der Friedensverhandlungen zwischen Heinrich IV. und den Führern der Liga täglich eine große Menschenmenge an diesem Ort versammelte, um die Neuigkeiten zu erfahren, die den langgeheulten Frieden bringen sollten. Die kleine japanische Insel, die oberhalb der Mündung der Widojima, des Grenzflusses zwischen Frankreich und Spanien liegt, wurde die Konferenzinsel genannt, seitdem Ludwig XI. von Frankreich und Heinrich IV. von Castilien im Jahre 1463 dort Verhandlungen gepflogen hatten. Die Insel diente dann vielfach als Schauplatz diplomatischer Zeremonien. 1628 fand die Auswechslung Jean I. gegen seine beiden Söhne statt, die als Geiseln an Karl V. kamen. 1615 wurden hier feierlich durch die Gesandten Spaniens und Frankreichs zwei Verträge ausgetauscht, die für die Souveräne der beiden Länder bestimmt waren: Isabella, die Tochter Heinrichs IV., die für Philipp IV. ausgetauscht war und die Schwester des spanischen Königs, Anna von Oesterreich, die die Gemahlin Ludwigs XIII. werden sollte. 1669 schlossen dann auf dieser bedeutsamen kleinen Insel der Kardinal Richelieu und Don Juan de Haro den präcedenten Frieden ab. Um die völlige Gleichberechtigung der beiden verhandelnden Mächte zu dokumentieren, leitete man für diese Verhandlungen einen über der Grenze, die durch die Insel läuft, einen kleinen Felsen aufgeschichtet, dessen Hügel ganz gleich waren und von denen der eine auf französischem und der andere auf spanischem Boden stand. In dem Elyseumsaal, in dem die Könige den Vertrag beschworen, waren 310 ei-

gleiche Thronstühle nebeneinander aufgestellt, doch so, daß der französische König auf seinem Grund und Boden, der Spanier auf dem seinen Platz nahm. Dasselbe Zeremonie wurde bei der Konferenz beobachtet, in der Philipp IV. Ludwig XIV. die Hand seiner Tochter gewährte. Die beiden Herrscher saßen nebeneinander und reichten sich die Hände, aber jeder blieb in seinem Königreich. Nach heutigem Sprachgebrauch ist eine Konferenz die gemeinschaftliche Beratung einer Angelegenheit durch besonders dazu bestimmte Bevollmächtigte, die den Abschluß eines Vertrages vorbereiten sollen. Die Konferenzen haben so den gleichen Zweck wie die Kongresse, jedoch sind die letzteren wichtiger und feierlicher; sie behandeln bedeutendere Fragen und die Herrscher wohnen ihnen öfters bei. Im neunzehnten Jahrhundert haben zahlreiche Konferenzen stattgefunden, so die Wiener Konferenzen, die mit den Schlußworten von 1820 endeten; die Konferenzen von London in den Jahren 1826, 1830 und 1840, die Dresdener Konferenz von 1830, auf der die Bevollmächtigten der deutschen Staaten vergeblich über eine zukünftige deutsche Bundesverfassung berieten; die sogen. Kongo-Konferenz in Berlin von 1885, die die Verhältnisse des Kongogebietes und Nigergebietes regelte; dann die Konferenz gegen die Sklaverei von Brüssel 1889/90; die Berner Konferenz, die den Schatz des geistlichen Eigentums festlegte; endlich die berühmte Friedenskonferenz im Haag von 1899. Gewöhnlich nimmt diejenige Macht, die die Konferenz einberuft, auch die Rechte der Gastfreundschaft für sich in Anspruch. Bei der Marokko-Konferenz aber, die doch der Sultan von Marokko veranstaltet hat, ist Spanien der Schauplatz der Verhandlungen. Das ungelöste Marokko wäre nicht der geeignete Ort für eine solche wichtige Zusammenkunft hervorragender Diplomaten gewesen. Auch diese neuere Konferenz wird nach den Gesetzen geleitet, die für frühere betrieblige Verhandlungen ausgehoben haben. Es ist der Brauch, den Vorsitz bei den Verhandlungen dem Minister der äußeren Angelegenheiten oder dem hervorragenden Vertreter des Landes zu übertragen, in dem die Bevollmächtigten sich versammeln. Das Recht des Vorsitzes gewährt kein anderes Privilegium, als das den Gang der Debatten zu leiten.

Demgemäß ist der Herzog von Almodovar del Rio zum Vorsitzenden der Marokko-Konferenz gemacht worden. Nach jeder Verhandlung wird ein Bericht aufgestellt und von allen anwesenden Bevollmächtigten unterzeichnet, der seit dem Wiener Kongreß das Protokoll genannt wird. Dieses Protokoll umfaßt eine kurze Analyse der einzelnen mündlichen Auseinandersetzungen und Beside; jeder wichtige Vortrag und jedes bedeutsame Dokument muß jedoch schriftlich dem Protokoll beigegeben werden. Haben sich die Bevollmächtigten geeinigt, dann werden ihre Beschlüsse in einem Dokument zusammengefaßt, das die Schlusssätze heißt. Jeder Vertreter seines Landes hat das Recht, im Namen seiner Regierung ein Verbot gegen den Reichstag einzulegen. So weigerte sich bei der Wiener Konferenz Rußland, in die Beschlüsse seiner Seemacht im Schwarzen Meer einzuwilligen, und die Verhandlungen mußten deshalb unterbrochen werden. Die Liste der anwesenden Bevollmächtigten, die an der Spitze eines jeden Konferenzprotokolls steht, wird nach dem Alphabet geordnet und zwar in französischer Sprache, sodas Deutschland an erster Stelle, Frankreich an zweiter, England an dritter steht. Für die Schlusssätze besteht der Brauch, daß Frankreich die Stellung, die es noch zur Zeit seiner Könige hatte, erhält, und an erster Stelle steht. Die Einleitung dieser Schlusssätze ist folgende: „Im Namen des allmächtigen Gottes, haben der Präsident der französischen Republik, Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preußen, Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, S. M. der König von Großbritannien zu ihren Bevollmächtigten ernannt... die sich untereinander in folgenden Punkten geeinigt haben...“ Die Schlusssätze, die in so viel Exemplaren hergestellt wird, als Mächte an der Konferenz teilnehmen, wird in der gleichen Rangordnung von den Bevollmächtigten unterzeichnet und mit dem Staatsiegel versehen.

Was die französischen Neukritiken wissen, oder vielmehr, was sie alles nicht wissen, würde bei der Eintragung der neuen Mannschaften im letzten Herbst durch eine eingehende Prüfung festgestellt. Was dabei herauskam, war wohl geeignet, die Patrioten ein wenig zu verblüffen. Selbst wenn man sich vergegenwärtigt, daß es für die jungen Neukritiken keine Kleinigkeit war, ihre Verlangens-

liche völlig haltlose Kriegserklärungen werden zur Kalamität. Sie hemmen die Unternehmungslust und wirken schädigend auf Banken und Sportstätten. — Die reichsständische sozialdemokratische Partei beschloß, am 21. Januar in ganz Elsaß-Lothringen Massenversammlungen abzuhalten, um für die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts zum Landesausbau zu demonstrieren.

Leipzig, 17. Jan. (Die Anklage gegen die „Leipziger Volkszeitung“) ist nicht aufgrund von 15, sondern von 25 Artikeln aus den letzten Wochen erhoben worden. Zu diesen Artikeln gehört, wie das Blatt mitteilt, unter anderem auch eine Notiz im Tageskalender und eine Buchhandlungsannonce.

Berlin, 17. Jan. (Fürst Bülow) sandte, einer Tokioer Meldung des „Daily Telegraph“ zufolge, an den neuen japanischen Premierminister Marquis Saionji nachstehendes Telegramm:

„In Ihrer Ernennung zum japanischen Premierminister sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Ich freue mich sehr, daß ein Staatsmann wie Sie, der mit den Deutschen in Angelegenheiten gründlich vertraut ist, zum ersten Minister der japanischen Regierung ernannt worden ist.“

Marquis Saionji sandte eine herzlich gehaltene Antwort. — (Für die zweite Lesung des Etats im preussischen Abgeordnetenhaus) sind 33 Tage festgesetzt worden, für die dritte Beratung zwei Tage. Im ganzen soll also die Etatsberatung 35 Tage währen und bis Mitte März spätestens beendet sein. Die Fraktionen haben sich verpflichtet, diesen Plan einzuhalten. Ist dies nicht möglich, so müssen Verhandlungen abgehalten werden.

(Der Wunsch des Grafen Götze) sobald die Verhältnisse in Ostafrika erlauben, mit Urlaub nach Deutschland zurückzukehren, ist von einer Korrespondenz, die sich durch die Inkorrektheit ihrer Meldungen auszeichnet, dahin gedeutet worden, daß die Absicht bestehe, dem Grafen Götze in dem neu zu errichtenden Kolonialamt die Stelle als Unterstaatssekretär oder Direktor zu übertragen. Die „Tägl. Rundschau“ bezeichnet diese und andere Meldungen für unzutreffend. Der Gouverneur habe lediglich den Wunsch geäußert, einen Urlaub antreten zu dürfen, um im Reichstage den Etat seines Schutzgebietes zu vertreten. Die Lage des Aufandes habe aber jetzt wohl die Abreise des Gouverneurs zur Unmöglichkeit gemacht, so daß Graf Götze sich entschließen mußte, auf den Urlaub zu verzichten.

(Der Deputierter für Deutsch-Ostafrika) Regierungsrat Meyer) geht nach der „Tägl. Rundsch.“ am 15. Februar auf Wunsch des Gouverneurs Graf Götze nach Ostafrika zurück, um zunächst in Dar-es-Salam im Gouvernement und demnächst als Leiter der Zivilverwaltung in Wilhelmstal tätig zu sein. Regierungsrat Meyer blüht bereits auf eine siebenzehnjährige Tätigkeit in Ostafrika zurück und gilt als einer der gründlichsten Kenner dieses Schutzgebietes. Die Leitung seines bisherigen Departements hat Regierungsrat v. Spalding übernommen, der früher als Bezirksamtmann in Bagamojo und später im Gouvernement in Dar-es-Salam tätig war.

(Die Handelskammer Berlin) hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der sie unter ausführlicher Begründung um Ablehnung des Befehlensurteils wegen Abänderung des Steuererzeugnisses bittet.

(Die preussischen Behörden) haben große Angst vor dem 21. Januar. Beweis folgende zwei Meldungen: Für Sonntag wird in Ostelb das Militär in den Kasernen bereit gehalten. Die Polizei läßt sich im Revolverfechten. Öffliche Gassen sind auf Anordnung des Oberbürgermeisters mit 10-Uhr-Feierabend besetzt. — Und weiter: Die Wachposten der Infanterie- und Dragonerregimente in Gnesen wurden verhöflicht, um ein Einschmuggeln von Flugblättern zu verhindern. Zwei Drittel der Garnison rekrutiert sich aus der Provinz Sachsen.

(Zur Konstituierung der Kommission für die Steuer-Vorlagen) erfährt die „Nat. Korr.“, daß der nationalliberale Abg. Wasing auf alleseitigen Wunsch in letzter Stunde sich hat bereit finden lassen, den Vorsitz in der Kommission zu übernehmen. Man darf seiner bewährten Umsicht und Fachkenntnis vertrauen, daß es der Kommission gelingt, eine solche Verhandlung zu erzielen, die ein positives Ergebnis der Arbeiten der Steuer-Kommission ermöglicht.

Ausland.

Frankreich. (Weitere Bestimmungen zur Präsidentschaftswahl.) Die gemäßigt republikanischen, die konservativen und die nationalistischen Blätter meinen, der Senat habe gestern die Kammer besiegt und erklären, daß die

zu überwinden und auf die ihnen vorgelegten Fragen eine richtig gemittelte Antwort zu finden, bleibt das Ergebnis sehr betrübend. So liegt z. B. das Resultat von einer Komposition von 62 Mann vor, die alle aus Frankreich stammen. Die erste Frage, die den Rekruten gestellt wurde, lautete: „Welches ist die gegenwärtige Regierung Frankreichs, und wie ist sie eingeleitet worden?“ Nur vier Leute fanden darauf eine richtige Antwort. Sie schrieben wenigstens „die Republik“ auf ihr Blatt, wählten aber nichts weiteres darüber auszusagen. Drei gaben eine Antwort, die überhaupt nicht die Sache traf; 17 wählten nicht, was sie schreiben sollten, und gaben überhaupt keine Antwort. Die letzten vier Antworten seien im Bericht wiedergegeben: „Die Regierung Frankreichs ist die französische Regierung.“ — „Die Regierung Frankreichs ist der Präsident der Republik.“ — „Die französische Regierung ist von allen Völkern zusammen eingeleitet worden.“ — „Die französische Regierung wurde von einer allgemeinen Versammlung aller Staatsbürger eingeleitet.“ Eine zweite Frage war die, daß die Rekruten den Namen einer berühmten Persönlichkeit der französischen Geschichte nennen sollten, die sie besonders interessierte. 38 nannten Napoleon I., 14 erklärten sich für Ludwig XIV., 12 für Heinrich IV., 10 für Karl den Großen, und vier Eigenbrötler nannten Gambetta, Carnot, Thiers und — Beringerstein, während Ludwig XI., Ludwig XV., Colbert, die Generale Marceau, Mörser und Marschall Mac Mahon je zwei Stimmen erhielten. So weit konnte man sich mit den Antworten der Rekruten noch mehr oder weniger zufrieden erklären; was aber sagen die französischen Patrioten dazu, daß unter den Götzen, die sich die 62 Rekruten erlösen hatten, auch Bayanne und — Wismarck waren! Die dritte Frage war eine sehr leichte Wechsellage: Ein Hauptmann, der eine Kompanie von 118 Mann befehligt, will jedem einen vierel Liter Wein geben lassen. Wieviel muß er im ganzen ausgeben, wenn der Wein 40 Centimes pro Liter kostet? Da freilich es sich heraus, daß, abgesehen davon, daß 17 Rekruten des Schreibens und Lesens nicht genügend fähig waren, 23 Mann nach verschiedensten Ansprüchen überhaupt keine Lösung fanden und von den übrigen nur 6 die Aufgabe

Reinheit der Parlamentarier, die hauptsächlich ihre Mandate erhalten und ihre Persönlichkeiten schützen wollen, unzweifelhaft den willenlosen Fallides dem energischen Doumer vorgezogen haben. — Der „Gaulois“ schreibt, Fallides sei der Gefangene des Bloks, der Mann der Freimaurer, und die Republik werde unter ihm noch schneller wie unter Loubet dem Abgrunde entgegenstreiben. — Die „Libre Parole“ schreibt: Der Kongreß habe Combes, Pelletan und Andre geherzt. Man kann nicht verstehen, daß die Nationalversammlung angeht, die durch die in Europa herrschenden Zustände hervorgerufenen Beunruhigung einen Mann ohne Charakter und ohne Willen an die Spitze des Landes stellen konnte.

Serbien. (Eine englische Lüge.) Der Londoner „Daily Telegraph“ bringt Meldungen über ein gegen den König Peter von Serbien geplantes Komplott. Die Verschwörung hätte den Zweck, König Peter zu entthronen und aus dem Lande zu verjagen. Die Verschwörer beabsichtigten angeblich, Prinz Joachim von Preußen, den jüngsten Sohn des Deutschen Kaisers, zum König von Serbien zu wählen, in der Hoffnung, die Unterstützung Deutschlands bei ihrem Unternehmen zu finden. Selbstverständlich ist wieder Deutschland das Karnickel.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 18. Januar.

Frequenz unserer Theater. Im Hoftheater war im Monat November „Fidelio“ (1976 Personen) am besten besucht, während sich zu der Sonntagabendmorgens-Vorstellung des Schwanen-„Danz Hudenwein“, die die schwächste Frequenz aufwies, nur 352 Personen einfanden. Im Neuen Theater erzielte Sudermanns „Grimm“ mit 1003 Besuchern den Rekord, während das „Schwalbennest“ (331 Personen) sonderbarerweise die am schlechtesten besuchte Vorstellung war.

163 350 Einwohner zählte Mannheim nach der Berechnung des Statistischen Amtes Ende November 1905.

Die städtischen Straßenbahnen verzeichneten im Monat November 193 194 255 M. (gegen 151 549 45 M. d. V.). Befördert wurden 1 700 611 oder pro Wagenkilometer 4 139 Personen. Auf die Linie Waldhof-Waldhof-Badweg-Bahnhof-Friedrichsheim entfielen allein 300 920 beförderte Personen.

Zum 8. Abrechnungszeitpunkt. Nachdem sich in Mainz bei der Abstimmung 3/5 der beteiligten Geschäftsinhaber für Einführung des 8. Abrechnungszeitpunktes ausgesprochen haben, ist nunmehr angenommen worden, daß die offenen Veranlassungen der Abnehmer, April, Gold- und Silberwarenhandeln in der Stadt Mainz bis auf weiteres von 8. Uhr abends an für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Die Anordnung tritt sofort in Kraft.

Handelshochschule. Die Vorträge des Herrn Privatdozenten Dr. Jaffé über „Gold- und Kreditwesen“ führten in den letzten Stunden auf das Gebiet des Notenbankwesens und lehrten uns, von welcher ungeheurer Bedeutung diese Institution für das Wirtschafts- und Finanzwesen eines Staates ist. Besonders eingehend behandelte Herr Dr. Jaffé die Organisation und Tätigkeit der Bank von England, welche das wichtigste Institut dieser Art und der Zentralpunkt nicht nur des englischen Handels, sondern des gesamten internationalen Geldverkehrs ist. — Ueber das die hiesigen Handelskreise am meisten interessierende heimische Notendankgeschäft, die Reichsbank, sprach am Dienstag abends am dem Reich der Ober Herr A. Kiffinger von Dausie W. Spahn hier. In kurzen Worten beleuchtete der Redner die historische Entwicklung der Bank, ging sodann auf ihre Notenausgabe sowie sonstige Geschäftszweige über und erwähnte zum Schluß die mehr oder weniger fesselnden Bestimmungen, und deren durch den Staat — als Aufsichtbehörde — ausgeübte Kontrolle. An den interessanten Vortrag, den welcher Beifall lohnte, schloß sich eine Diskussion an.

Die Vorlesung des Herrn Dr. Jaffé fällt nächsten Freitag a u. s.

Verleihung des Kaufmanns-Bereins. Die diesjährige Weihnachtsfeier, welche im Saale des Turnvereins stattfand, war sehr zahlreich besucht. Seitens der Stadtbehörde waren die Herren Stadträte Gieschorn und Kainzer anwesend. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Kinkel, begrüßte in kurzer Ansprache die Erscheinenden und schilderte die bisherige Tätigkeit des Vereins. Die Erwartungen haben sich erfüllt; die Zusammenkünfte sind stets gut besucht. Es fanden eine Anzahl von Vorträgen (zum Teil mit Lichtbildern), Rezitationen etc. statt. Ferner hat sich eine musikalische Abteilung gebildet, welche im Einzel- und Zusammenklang recht Erfreuliches leistet. Im Sommer und Herbst fanden eine Anzahl wohlbekannter Ausflüge statt. Der Redner dankte allen die sich um die Einrichtung verdient gemacht haben, insbesondere dem Direktor der Handelsfortbildungsschule, Herrn Dr. Weber, sowie den beiden Leitern des Vereins, den Herren Hauptlehrern Siemer und Streckfuß. Zwei gut einstudierte Theaterstücke wurden sehr geschickt und erregten große Heiterkeit. Das Streichquartett spielte verschiedene Stücke mit vieler Prägnanz und gutem Gelingen. Zwei Violinisten der Mitglieder Witz und Stichel zeigten vorgeschrittenes Können. Ferner wurden eine Anzahl Deklamationen unter großem Beifall zum Vortrag gebracht. Frau Hauptlehrer Siemer, welche sich in liebenswürdiger Weise in den Dienst der Sache stellte, spendete mit großer Willkür Gelder und in feiner empfindender Vortragsweise mehrere Vieder, welche stürmische Anerkennung fanden. Den Schluß der Schluß und richtig ausrechnen konnten. Zuletzt wurde den Rekruten eine Frage vorgelegt, die ihre praktische Umsicht zeigen sollte. Man fragte sie, was sie mit einem ausländischen Geldstück machen würden, das in Frankreich keinen Wert hätte, aber doch nicht falsch wäre. Die Antworten waren wenigstens nach einer Richtung befriedigend: keiner wollte verkaufen, es einem anderen angingen. Eine Anzahl kam auf den Vorschlag, damit auf die Bank von Frankreich oder auf einen Wäcker zu geben, während die anderen nichts damit anfangen wollten. Ein Schlußwort, das auch keine Verwendung dafür hatte, mußte sich wenigstens den Rat, daß er sich eine — Schlupfwandl daraus machen lassen wollte.

Ein lebenswürdiger Wandweg. Vor dem Württembergischen Hofgericht sollte sich der Rekrut Oswald wegen tückischer Verleumdung eines Gastes zu verantworten. Die Tat wurde, wie das „M. u. L.“ berichtet, aus Nationalpatriotismus vorbildl. Der Gast magte es nämlich, die Güte des Weines anzugeben, der in der Restaurierung zum Ausschank gelangt. Der Kellner lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Am 20. Dezember gegen 9 Uhr abends erschien der hiesige Wundwunderrichter Josef Holzwarth mit einer jungen Dame in einem Restaurant des U. Bezirks und bestellte Wein. Vor dem Verlassen des Lokales bemängelte er die Qualität des Weinweines. Der Wirt entgegnete achselzuckend, es sei eine gute Karte, der Kellner Oswald hingegen eilte den Gästen nach, stellte Herrn Holzwarth zur Rede und verfechtete ihm drei wacklige Obelagen. Die Dame wurde angstvoll um Hilfe, der Kellner preßte ihr den Mund zu und schlug sie, als sie ihn bestig anstrebte, mit der geballten Faust ins Gesicht. Endlich kam ein Sicherheitswachmann herbei und mochte der Szene ein Ende. In der Verhandlung legte der angeklagte Kellner ein teilweises Geständnis ab. Herr Holzwarth habe über den Wein geschimpft, mit zwei Gläsern Streit angefangen und sie bestiehlt. Dagegen habe er auch ihn beim Verlassen der Restaurierung beleidigt, weshalb er ihm im Zorn einen Schlag verleiht haben mochte. Wundwunderrichter Holzwarth, als Junge vernommen, betritt, daß er im Lokal mit Gläsern Handel trieb, Oswald mitbandelte ihn in einer Weise, daß ihm vier

harmonisch verlaufener Feier bildete eine Gabelverlosung unter brennendem Christbaum.

Die Feuerwehrgesellschaft. Einen Höhepunkt in den Veranstaltungen des Feuerwehrgesellschaft bilden seit einigen Jahren die Vorträge des Herrn W. Lactois. Es sind immer mehr Beisitzer und Zuhörer für die Feuerwehrgesellschaft, von der die gedünnte Aufsicht bis zum letzten, bescheidenen Klagen in Anspruch genommen wird. Herr Lactois hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, große Denker und Künstler, die geistigen Führer aller Tugend und Streben, seiner Hörschaft näher zu bringen. Wagner, Tolstoi und Hebbel lieh er so erlesen aus dem Palast ihrer Zeit und Umgebung, in ihrer Entwicklung, ihrem Wollen und Wirken. In diesem Jahr ist es der Schweizer Gottfried Keller, dem er seiner Zuhörer zuwendet. Der erste der 9 vorgelesenen Vorträge am letzten Freitag Abend war der Persönlichkeit des Dichters gewidmet. Der Redner zeichnete in einfacher, übersichtlicher, sprechender Weise ein hares Bild des Dichters. Wie erkennen in ihm den rechten Sohn seiner heimlichen Berge, den ersten Sproß seines Volkes, der aber vom vielgereisten Vater den weiten Blick für allgemein menschliche Verhältnisse empfangen hat. Die Not des Lebens, der auch er viel ins Auge schaute, vermog ihn nicht zu beugen. Seine Liebe zur künstlerischen Gestaltung, seine Achtung vor der geschicklichen Entwicklung derselben, um eine heilige, geistliche, die ihn in jeder Lage aufrecht hält. Eine tief religiöse, angelegte Natur, ist er ein Feind des in äußeren Formen erharteten, den Kirchentums seiner Heimat. Sein Glaube an das Schöne und Gute, das die Welt des Dämonen und Gemeinen überwinden wird, findet immer wieder neue Kraft in der Eigenart seiner Welt- und Lebensanschauung, die gegründet ist auf das Bewußt des Zusammenhanges mit dem All. Mit Spannung sehen gewiß die dankbaren Zuhörer dem 2. Vortragsabend entgegen.

Feuerwehrgesellschaft. Am Sonntag, den 16. d. M., um 2 Uhr, hielt, im Bürger- und Brauhaus „Zum Haberd“; Mitglieder 2 x 111, Ehrenmitglieder ca. 3 x 111, Umfang jährlich ca. 20—25 000, die sämtlich Geschäftsleute wieder zusammen. Jeder kämpfte wie seit einigen Jahren mit Beifall, welches bei etwas Aufmerksamkeit und in Anbetracht des geringen Preises, Wohlwollens, verdienen werden konnte. Die Ehrenmitglieder und teilweise auch Mitgliederbeiträge, verwenden wir nur zu unserem Jahresausgabe, was die bis jetzt nur von uns veröffentlichten Rechenschaftsberichte — Einleitungsrede in die Bücher gestattet — dartun. Wir haben immer das Wohl Mannheims im Auge und tragen von jeder durch Anknüpfungen in auswärtigen Blättern dem sog. Fremdenverkehr Rechnung; infolgedessen begrüßten wir die Gründung eines diesbezüglichen Vereins und sind wir bereit, alle Anregungen gerne zugänglich. Die öffentlichen großen herbevollstehenden Sitzungen mit „Mittendessen“ in den Herrenschaften, seiner Unterrednungen in den großen Damen-Sitzungen, führten wie neuerdings hier ein, und wie die Besuche, hauptsächlich der berechneten Damen, bewiesen, mit bis jetzt unübertroffenem Erfolg, was Arrangement, Ausstattung und Feinheit des Gebotenen anbelangt. Wie verwenden hierzu bestimmte Mittelsposten, außerdem steht uns als ganz gewiß hohemäthmer Beisitzer Herr Groß, Hofmusikdirektor Herr Kottler zur Seite. Für die Kinder schufen wir unseren Feuertagungsfeierabend, außerdem als weitere Einnahmequelle für den Jahresausgabe unser Feuertagungsfeier. Aus überaus Zuneigung zurückzuführen wieder und bitten wir, sich als Ehrenmitglieder übersehen lassende, um gefl. Mitteilung, wie überlassen sodann eine Feuertagungsfeier und erheben den uns bestimmten Beitrag. Bei Einrichtung von mindestens 11.11 stellen wir Höhe und Beifallspacht zu unseren sämtlichen familiären Veranstaltungen, die jeweiligen Eintrittskartenausgabe sollen dadurch fort. Der Feuertagungsfeier auf Mannheims Einparität und bietet Gesellschaften nach wie vor beim Jahresausgabe ein gefällige Mitwirkung. Aus Glück für den Zug: „Mannheim Fremdenführer“ und für das heiligste aufgenommenen Motto: „Wohl! der Ring! — Fremde tunne.“ — Verloffenen Sonntag widmete sich die 2. Lactois, Haberd, Sitzung, ähnlich der ersten, vor gut besetztem Hause ab. Die Vieder der Herren Schuler, von Erwin, Brenner, Jul. Lang (Freundeshaft) und Diem. Vorträge der Herren Th. Schuler, Hüpler, „Licht“, Hattenstein, A. Kohl, Schabale, Carl Brenner, Diem, sowie eines hiesiger Jung, dem die Coupletts der Herren J. Dirch und J. Weinreich waren wieder auf der Höhe. Ueber das Arrangement und nicht zuletzt den wohlthätigen Eingeladenen, herrsche nur eine Stimme des Lobes, jedoch man nur sagen kann, wer einer Feuertagungsfeier nach nicht anwesend, besuche die kleinen Haberd-Sitzungen, er wird stets ein abwechslungsreiches, amüsantes Programm und guten „Stoff“ aus der Hausbrauerei finden. Die nächste Veranstaltung, das große familiäre Familien-Fest, Sonntag abends 8 Uhr 11 bis 11 Uhr 11 im Ridelgartenhof des Hofgartens, Eintrittspreis M. 1, unter Mitwirkung der gesamten Feuertagungsfeier, Leiter Hgl. Musikdirektor Herr Adolf Böttger aus Karlsruhe, verpflichtet, gleich seinen Vorgängern, für Familien Angehörigen und ist das nähere Programm aus dem Infertentell ersichtlich. (Aus der Feuertagungsfeier.)

Lebensversicherung und Konkurs. Vor einigen Wochen, so wird uns geschrieben, wurde in vielen Zeitungen und auch im „Generalanzeiger“ über eine für die Lebensversicherung wichtige Entscheidung des Reichsgerichts berichtet. Sie sollte ausgesprochen haben, daß wenn über das Vermögen oder den Nachlaß des Versicherungsnehmers der Konkurs eröffnet wird, die Versicherungspolice oder die Versicherungssumme nicht für die Konkursmasse in Anspruch genommen werden könne. Diese Nachricht muß auf ein

Bühne loder wurden und die Dame Nutate bestig. — Richter (zum Angeklagten): Was sagen Sie dazu? — Angekl. (sehr): Wenn der Herr schon alles gesagt hat, was Brauche ich dann noch zu reden. — Richter: Wie Sie glauben. Warum haben Sie den Herrn geschlagen? — Angekl.: Er hat sich gekümmert, daß der Wein nicht zum Trinken ist. — Richter: Das geht Sie doch gar nichts an! — Angekl.: Dann war ich angeleitet. — Richter: Das ist eine Ausrede. — Der Richter verurteilte den tabulaten Rekrut zu acht Tagen Arrest.

Das leucere Telefon. Westfälischen Blättern wird berichtet: In einer westfälischen Ortschaft war jüngst Gemeinderatswahl. In der u. a. auch die Konsumdirektion eines Telephon erörtert wurde. „Gott, Telephon müßte wir bebden“, hieß es. Man beriet denn, wer das Telephon in seiner Lebenslang überbringen sollte. Schließlich meinte einer der Gemeindevorsteher: „Wie sollt' man up Reichthob kriegen an wert meiste bist, schollt' bebden.“ Das leuchtete denn auch allen ein, und die Vertheuerung, nahm ihren Anfang. „Hörten Karl“, rief eine Stimme. „Aec, Raddor, da ist'n nicht de bebden — wintig Ract!“ Und so ging's weiter hinauf bis 400 Mark, bis endlich ein Wirtsmann sagte: „Ist wil' ja wol seggen, noch ne Mark, also überhundert und eine Mark.“ — und ringum wurde still. Da die Volk nur etwa 200 Mark für das Telephon erhält, so bleibt für die Gemeindevorsteher ein Reichtumserwerb in gleicher Höhe. Der Wirtsmann oder ihr nicht wenig hoch auf die Ehr, für 401 Mark ein Telephon im Hause zu haben. — Glücklich Menschen, die noch nicht zur Erkenntnis gelangt sind, daß das Telephon nichts weiter ist, als ein notwendiges Uebel.

Die Wacht ist mei! Ein älterer Bauersmann der von dem Befehlen von Ostroffischen bedrängt nicht mehr, hieß dieser Tage früh mit einer gefüllten Weistafel am Weinbock zu 7 aus und mochte nach der Stobt. Ein Ostroffischer trat herbei und schickte sich an, die Tafel zu untersuchen. Der Bauer aber, der einen Houbanfall befürchtete, hielt die Tafel fest und schrie: „Die Wacht ist mei!“ Erst als ihm mehrere Umstehende den Sachverhalt darlegten, gestellte er dem Pommer, den Inhalt der Tafel zu befrachten.

Wiederhergestellt zu sein. Zunächst kann es keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn jemand eine Versicherung nimmt, diese zu erklären, daß die Versicherungssumme bestimmten Dritten Personen zufallen soll, im Falle der Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen oder seinen Nachlaß die Rechte aus dem Versicherungsvertrage zur Konkursmasse gehören, wie seine sonstigen Vermögensrechte auch. Ob er im Stillen die Absicht gehabt hat, daß das versicherte Kapital lediglich der Versorgung seiner Hinterbliebenen dienen sollte, ist ohne Bedeutung. Anders ist es, wenn ein sogenannter Vertrag zugunsten eines Dritten vorliegt, wenn also zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsanstalt vereinbart worden ist, die Versicherung solle zugunsten einer bestimmten dritten Person, z. B. der Frau oder der Kinder des Versicherungsnehmers, gelten. Ein solcher Vertrag hat in der That die Wirkung, daß mit dem Eintritt des Todes des Versicherungsnehmers dem begünstigten Dritten ein Recht auf die Versicherungssumme erwacht, das durch die Eröffnung eines Konkurses nicht beeinträchtigt werden kann. Dagegen ist die Begünstigungserklärung bis zum Eintritt des Todes des Versicherungsnehmers in der Regel, wenn sich nämlich nicht das Gegenteil von ihr selbst ergibt, frei widerruflich. Der Begünstigte hat also bloß eine Hoffnung und kein Recht; auch der Konkursverwalter kann, wenn vor dem Tode des Versicherungsnehmers der Verfall eröffnet wird, die Begünstigung widerrufen und die Rechte aus dem Versicherungsvertrage zur Masse ziehen. Eine mit diesen Grundregeln in Widerspruch stehende Entscheidung des Reichsgerichts ist nicht bekannt geworden. Vielleicht handelt es sich bei dem eingangs erwähnten Bericht um folgendes: Manche Versicherungsnehmer schreiben in den Versicherungsvertrag, die Versicherung solle „zugunsten der Erben“ gelten. Da entsteht dann die Frage, ob die Absicht des Erklärenden auf den Abschluß eines Vertrags zugunsten eines Dritten in dem oben bezeichneten Sinne gegangen ist. Diese Frage hat das Reichsgericht in einer Entscheidung vom Jahre 1894 verneint, in einer Entscheidung vom Jahre 1900 bejaht. Ein Widerspruch zwischen den Entscheidungen besteht nicht. Die Untersuchung der begleitenden Umstände, die in den beiden entscheidenden Fällen verschieden lagen, führte einmal zu der einen, das andere Mal zu der entgegengegesetzten Willensauslegung. Als Lehre ergibt sich aus Vorstehendem, daß, wenn der Versicherungsnehmer die Lebensversicherungssumme einer bestimmten dritten Person sichern will, er dies bei Stellung des Versicherungsvertrages oder später der Versicherungssumme gegenüber erklären und dabei seine Meinung in ungewandelter Weise zum Ausdruck bringen, insbesondere die nicht ungewöhnliche Wendung „zugunsten der Erben“ vermeiden muß. Will er auch vermeiden, daß bei einem zu seinen Lebzeiten über sein Vermögen ausbrechenden Konkurse die Rechte aus dem Versicherungsvertrage für die Konkursmasse verwertet werden, so möge er ausdrücklich erklären, daß die Verwendung an den Dritten eine unwiderrufliche sein soll.

Der Jungliberale Verein Mannheim hielt gestern abend eine außerordentliche Mitgliederversammlung im oberen Saale des „Carl Theodor“ ab. Nach begrüßenden Worten des Vereinsvorsitzenden, Oberamtsrichters Dr. Koch sprach Redakteur Christmann über die Reichsfinanzreform und die neuen Reichsteuern. In einem historischen Rückblick verfolgte er die Entwicklung der Reichsfinanzen bis zu ihrem gegenwärtigen unerfreulichen Stand. Weiter beleuchtete der Redner eingehend alle seit 1879 unternommenen Versuche, die Finanzlage des Reiches zu bessern, unter besonderer Berücksichtigung des Kapitels der Materialsteuer und der Uebereweisungen. Nach einem längeren Verweilen bei speziell badischen Verhältnissen stellte Redakteur Christmann in Bezug auf die gegenwärtige Finanzlage folgende Leitsätze auf: „Eine Finanzreform im Reich ist dringend geboten; eine Ablehnung dieser Reform würde von den schwerwiegendsten Folgen für die Finanzen des Reiches sowohl als auch für die Einzelstaaten begleitet sein. Um zu einer Sanierung der Reichsfinanzen zu gelangen, bedarf es der völligen Freisetzung der Uebereweisungen an die Einzelstaaten sowie einer planmäßigen Schuldentilgung; im Interesse der Einzelstaaten ist, wenn nicht eine völlige Freisetzung, so zum mindesten eine Begrenzung der Material-Beitragspflicht erforderlich. Die dem Reichstag vorgeschlagene Finanzreform wird diesen Anforderungen vollumfänglich gerecht. Eine dauernde Befreiung der Reichsfinanzen ist aber nicht möglich, wenn nicht gleichzeitig dem Reich neue Einnahmequellen in der von der Reichsregierung normierten Vertragshöhe erschlossen werden. Die vorgeschlagenen Steuern sind jedoch nur in bedingter Weise abgelehnt; ohne weiteres ist zugestimmt der Einführung der Brauksteuer wie der Einführung der Reichsbesitzsteuer. Letztere ist eines weiteren Ausbaus noch fähig. Der Pigorellensteuer ist zugestimmt mit dem Wunsch, daß eine Abmilderung der Steuer nach der Qualität des Objektes stattfindet. Die Tabaksteuererhöhung in der vorgeschlagenen Form ist unannehmbar; der Tabak ist aber einer weiteren Belastung fähig, wenn diese auf den Konsumenten abgewälzt werden kann und auf die verschiedenen Qualitäten des Tabaks Rücksicht nimmt. Die geeignete Form einer weiteren Besteuerung des Tabaks ist in der Fabriksteuer zu finden. Ohne weiteres abzulehnen sind die Verzehsteuer, die Handel- und Industriesteuer zu schädigen geeignet sind. Einer Steuer für Kraftfahrzeuge ist solange nicht zugestimmt, als nicht alle Kraftfahrzeuge steuerlich erfasst werden.“ — An den 15. stündigen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion besonders in Fragen der Tabaksteuer an. Außer dem Referenten beteiligten sich die Herren Benginger, Rechtsamtsrat Möllinger, Hauptlehrer Anobel, Sind. Peter, Oberamtsrichter Dr. Koch, Rechtsamtsrat Klein, Michaeli und Schönberger.

Die Sammlung für die Opfer der russischen Judenverfolgungen hat insgesamt die stattliche Summe von 112 843.05 M. ergeben. Die Mannheimer Bürgerschaft hat sich mit dieser Sammlung wieder ein glänzendes Zeugnis von ihrer Opferwilligkeit ausgestellt, das nicht verhehlen dürfte, überall den günstigsten Eindruck zu erwecken.

Herrnredaktion. Nach Mitteilungen der Kasse, Oberpostdirektion Karlsruhe an die Handelskammer ist der Sprecheberlei aufgelassen worden: a) unbeschränkt zwischen Mannheim und Weinheim und Grammont (Gruppe Brühl), Mannheim und Sembresse (Gruppe Charlot), Staden (Gruppe Courtai), Reerzell (Gruppe Londen) — nämlich in Belgien, Sprechgebühr M. 1. Conto nebst Umgebung (O.P.D. Bezirk Kassel), Sprechgebühr M. 1. Dauten, Kreis Offenbach (öffentliche Sprechstelle), Gebühr M. 0.50, ferner zwischen Schriesheim, Seckenheim einerseits und Niddesheim (Altmannsbau, Niederwald) andererseits, Gebühr M. 0.50; b) beschränkt zwischen Mannheim und Roedhorn (O.P.D. Bezirk Oldenburg), Ansbach und Gungenhausen in Mittelfranken nebst Umgebung, Sprechgebühr M. 1.

Cheater, Kunst und Wissenschaft.

Frau Sigrid Arnobison geht von hier nach Köln und Belgrad, wo sie ebenfalls Gastspiele absolviert; hierauf, wie ein hiesiges Blatt erzählt, nach Monte Carlo, wo sie in der Oper „Ein Dämon“ von Rubinstein die weibliche Hauptrolle kreist.

Ueber Fel. Hedwig Freitz-Berlin, die früher längere Zeit hier weilte und in hiesigen Kreisen noch manche Bekannte zählen dürfte, schreibt kürzlich die in Baltimore erscheinende Zeitung „The Sun“: Hedwigs' Liebhaber Hoffinger muß hatten gestern Gelegenheit eine der meistverprechendsten jungen Künstlerinnen Berlin, Fel. Hedwig Freitz, zu hören, die ein Konzert zu Gunsten des Frei- und Berggarten veranstaltete. Ein außerordentliches Auditorium war erschienen, welches seine hohen Befriedigung durch lebhaften Applaus und Worte des Lobes Ausdruck verlieh. Das Konzert bot einen musikalischen Hochgenuss und brachte auch einen ansehnlichen pekuniären Erfolg im Interesse des Frei- und Berggarten. Fräulein Freitz hat eine ausgiebige sympathische Stimme und einen glänzenden Vortrag, der die Zuhörer gefangen nimmt. Ihre Annahme harmonisiert mit dem Zauber ihres Gesanges. Die Dame sang Kompositionen von A. Schumann, J. Haydn, Verdi, J. Brahms, Hugo Wolf, Rich. Strauss, Chopin und Strindberg.

Das 6. Badenerkonzert in Heidelberg findet Montag, den 22. ds., abends pünktlich halb 8 Uhr, im großen Saal der Heidelberger Stadthalle als Mozartfeier statt. Veranstaltung wird das Konzert von dem durch Mitglieder der Karlsruher Hofkapelle und Heidelberger Instrumentalisten verstärkten hiesigen Orchester, unter Leitung des Professors Dr. Philipp Wolfsum und unter Mitwirkung der Frau Hofoperfängerin Ida von Westhagen aus Karlsruhe, vom Vokalverein und akademischen Gesangverein mit Werken von Wolfgang Amadeus Mozart. Das Programm ist folgendes: 1. Drei Kirchenstücke für stimmigen Chor mit Begleitung von Streichinstrumenten und Orgel (eingeleitet von Philipp Wolfsum): a) Weßpernlied „Gottlob sei dir, Domine“ (mit Solostimmen), b) Offertorium auf das Johannistfest „Inter notos“, c) Motette „Ave verum corpus“. 2. Symphonie in B-Dur, 3. Eine deutsche Kantate für eine Singstimme, „Die ihr des unternehmlichen Weltalls Schöpfer seid“. 4. Konzert für Harfe und Flöte mit Orchesterbegleitung. Daraus: Andantino mit Kobenz von Karl Reinecke. Die Herren W. Hertwig (Harfe) und M. Schmedel vom hiesigen Orchester. 5. Nieder und Arien zum Klavier: a) „Die Verführung“, b) „Wohl kauscht ihr Vogelchen“, c) „Abendempfindung“, d) „Schon klopft mein liebender Busen“ (Einlage für die Sufanna in „Figaros Hochzeit“, e) „Die Heine Spinurzin“, f) „Männer lachen stets zu nachen“, 6. Tanzsuite für kleines Orchester (ohne Basses), aus den „Deutschen“ und „Renewelt“ ausgewählt und zusammengestellt von Ph. Wolfsum.

Die Leitung des Kurtheaters in Baden-Baden ist vom Stadtrat für die nächste Spielzeit in die Hände des Direktors Adolf Klein und des Regisseurs George aus Straßburg gelegt worden.

Hochschulnachrichten. An der Berliner Universität ist eine außerordentliche Professur für das Gebiet der sozialen Medizin geschaffen und dem Geh. Ober-Medizinalrat Prof. Maxin Kirchner, vorwiegend im Kultusministerium, übertragen worden. Wie die „Reichszeitung für ärztliche Fortbildung“ meldet, wird Geheimrat Kirchner neben diesem neuen Vorkurs seinen früheren für Hygiene beibehalten. — Der bekannte Direktor des Weimarer Hof- und Staatsarchivs, Hofrat Dr. Burckhardt bezieht dieser Tage sein goldenes Doktorjubiläum. — Der Privatdozent für Kunstgeschichte an der Universität München und zweite Konservator der Zentralgemäldergalerie Dr. Karl Voll ist zum Honorarprofessor an der Universität München ernannt worden. — Zum Direktor des nordböhmischen Gewerbeniums in Reichenberg und zum Direktor der Heinrich v. Vietz-Galerie wurde Dr. Schwedeler-Speher, Assistent an der Berliner Nationalgalerie, gewählt. — Der Präsident der hiesigen Akademie der Wissenschaften, Oberbaurat Josef Hlaska in Prag stiftete 2 1/2 Millionen Kronen zu hiesigen wissenschaftlichen und gemeinnützigen Zwecken.

Musik-Hausausstellung. Das Ehrenamtliche für die vom 5. bis 20. Mai a. c. vom Zentral-Verbande Deutscher Tonkünstler im Tonkünstlervereine (E. V.) in den Räumen der Philharmonie in Berlin zu veranstaltende Musik-Hausausstellung hat sich gebildet. Das Ehrenamtliche dieses Komitees hat King Friedrich Wilhelm den Preußen übernommen. Dem Ehrenamtliche gehören eine Reihe unserer hervorragendsten Tonkünstler, Musikchriftsteller und Musikfreunde an, unter diesen Graf von Hohenberg, Professor Dr. Josef Joachim, Professor Robert Mabele, Hofkapellmeister Dr. Richard Strauß, Frau Teresa Carrara u. a. m.

Kosa v. Wilde, die ausgezeichnete frühere Wagner-Sängerin, liegt wie aus Weimar gemeldet wird, im Sterben. Der Zustand der Achtunddreißigjährigen soll hoffnungslos sein. Eugen Gura, dessen schwere Erkrankung wir meldeben soll von den Ärzten aufgegeben sein. Das Befinden des Künstlers gibt zu der ernstesten Besorgnis Anlaß; man befürchtet nämlich den Eintritt einer Narkose.

Ein isländischer Dichter. In Reimschiff ist 70 Jahre alt Isländs bedeutendster und eigenartigster Dichter gestorben. Páll Olofsson, ein früherer Landmann, genoh in seiner Dichtung hauptsächlich durch seine mit prädelader Sprache, drastischem Humor und tiefem Witz geschriebenen „Reinlieder“ und seine hart empfundene „Liebeslieder“ eine außerordentliche Popularität. Seine letzten Lebensjahre verbrachte er bei seinem Bruder, einem ebenfalls bekannten Dichter. Sein Humor blieb ihm bis zum letzten Augenblicke treu.

Badische Politik.

Karlsruhe, 18. Jan. (Budgetkommission der Zweiten Kammer.) Es wurde ein weiterer Bescheid mit dem Sitz in Schwetzingen, ferner zwei weitere soziale Baukontrollen bewilligt. Dabei erklärte Minister Schenkel, es solle nach und nach die ganze Baukontrolle verstaatlicht werden. Wenn man kein schnelleres Tempo einschlägt, so sei nur die knappe Finanzlage schuld. Neu bewilligt wurde außerdem die Stelle eines Weinkontrollenr. Von anderen Bewilligungen dürften interessieren ein Beitrag für die Infanterieanstalt in Rodbach (20 000 M.), ein Beitrag für die Anstalt für Epileptiker in Rodbach (20 000 M.), ein Zuschuß zur Erziehung einer Heilanstalt für weibliche Lungentranke bei Marzall (50 000 M.), ein Beitrag an den Landesverein für innere Mission zu den Kosten der Neubauten der Erziehungsanstalt Schwargackerhof und des Mädchen- und Frauenheims Weizen (5 000 M.), und endlich ein Staatsbeitrag zur Bekämpfung der Tuberkulose (10 000 M.).

Karlsruhe, 18. Jan. (Regierung und geistlicher Amtsinhaber.) Wie man der „Volkstimme“ von unterrichteter Seite weiß, läßt das große Ministerium des Innern z. Z. durch die Oberamtämter im ganzen Lande Erhebungen darüber anstellen, inwieweit die Weiblichen sich an der Wahlaktion beteiligen. Die Erhebungen erstrecken sich auch auf solche Kreise, deren Wahlen nicht beanstandet sind.

Karlsruhe, 18. Jan. (Wahlprüfungen.) Die amtlichen Erhebungen im 30. Landtagswahlkreise (Eppingen, Malsau, Karlsruhe) haben, wie die „Volkstimme“ erzählt, die glatte Bestätigung ergeben für die Behauptung des sozialistischen Wahlprotestes. Vorher schließlich in Würzburg habe die Kandidaten der antiliberalen Parteien in einer Predigt von der Kanzel herab beschimpft. — In Bruchsal-Stadt wurden die Erhebungen noch am Sonntag durch den Wahlkommissar fortgesetzt. Auch dort widerlegen die Behauptungen des liberalen Protektes gegen die Wahl des Zentrumsmanns Wiedemann bezüglich der Arbeiter des hiesigen Binnens besätigt worden zu sein. Außerdem sollen in den Wahllokalen selbst erhebliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein. — Die Wahlen des 7., 30. und 38. Bezirke sind nun ebenfalls bei der Kammer eingelaufen, so daß die Wahlprüfungskommission eine Menge Arbeit vorfindet.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 10. Sitzung.

Ch. Karlsruhe, 18. Januar.

Präsident Dr. Wilmens eröffnete 10 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch Minister Schenkel und Geh. Oberreg. Rat Strauß. Eine Reihe von Abgeordneten, welche dem badischen Landwirtschaftsamt angehören, traten ein. Eingelauten sind zwei Petitionen: 1. Karte des Vereins bad. Zeichenlehrer um Verbesserung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Zeichenlehrer an Mittelschulen und Lehr-

bildungsanstalten betr. — 2. Bitte der Oberwälder und Bäcker an den Heil- und Pflegeanstalten bei Entlassungen und Vorzügen um Gleichstellung mit Oberwäldern resp. Bäckern an Strafanstalten bezügl. der Wechsellagerung und Zulassung der Anwartschaft auf später entsprechende Stellen, welche dem Personal der Strafanstalten ausstehen, betr. — Weiter sind eingelaufen vier Schreiben des Ministers des Innern mit den von der Kammer beschlossenen Erhebungen über die behaupteten Unregelmäßigkeiten in den Wahlkreisen 8 (Ronnberg-Waldshut), 30 (Bruchsal-Durlach), 31 (Bruchsal-Stadt), 38 (Eppingen-Sindsham, Wiesloch).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die geschäftliche Behandlung von Anträgen.

Der Antrag der Abg. Schmidt-Karlsruhe und Gen. betr. Aenderung des Nagelgesetzes wird der Justizkommission überwiesen. — Der Antrag der Abg. Reichenbach und Gen. betr. die Lohnordnung für die hiesigen Arbeiter des Betriebs-, Wohnunterhaltungs- und Magazin-Dienstes wird der Budgetkommission überwiesen. — Bezüglich des Antrages der Abg. Dr. Heimbürger und Gen. betr. Gewährung von Anwesenheitsgeldern und Preisfahrt an die Reichstagsabgeordneten wird beschlossen, den Antrag im Plenum zu beraten.

Weiter steht auf der Tagesordnung die Interpellation der Abg. Weichold u. Gen. über die

Schaffung von Arbeitervertretungen,

welche lautet:

„Ist der Groß. Regierung bekannt, wie weit etwaige Vorarbeiten für Schaffung von gesetzlich geordneten Arbeitervertretungen (Arbeiterkammern, Arbeitsämter) im Bundesrat gebilligt sind und denkt sie Schritte zu tun, um die Einführung dieser wiederholt von der zweiten Kammer geforderten Einrichtung in Baden zu beschleunigen?“

Abg. Horst (Soz.) begründet die Interpellation und gibt eine Entwicklung der Frage der Arbeiterorganisationen, welche zum ersten Male 1886 im Reichstage aufstand. Er wendet sich gegen den geplanten Weiterausbau der Gewerbeordnung und verlangt selbständige Arbeiterorganisationen.

Minister Schenkel: Wie aus den Aeußerungen, die der Staatssekretär des Reichamts des Innern in den Jahren 1904 und 1905 im Reichstage getan hat, räumig werden kann, beabsichtigt die Reichsleitung den Entwurf eines Reichsgesetzes auszuarbeiten, wodurch Arbeitervertretungen geschaffen werden, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, in friedlicher Weise ihre Wünsche und Interessen sowohl gegenüber den Arbeitgebern als den Behörden zu vertreten. Aus der vom Staatssekretär des Innern am 12. Dezember 1905 im Reichstage abgegebenen Aeußerung ergibt sich, daß zur Schaffung von Arbeitervertretungen dann geschritten werden soll, wenn die gesetzgeberische Behandlung des z. Zt. in Vorbereitung befindlichen Entwurfs eines Reichsgesetzes über die Berufsvereine zum Abschluß gekommen ist. Die Gr. Regierung ist entschlossen, der über diese Frage schon in der 11. Sitzung der 2. Kammer der Landstände vom 12. März 1904 abgegebenen Erklärung bereit, im Bundesrat zur Schaffung solcher gesetzlich geordneter Arbeitervertretungen mitzuwirken und das Ihrige dazu beitragen, daß diese bei der baldigen Angelegenheit von Reichswegen in Kraft bald eine den Interessen der Allgemeinheit wie der dabei hauptsächlich beteiligten Bevölkerung entsprechende Lösung finden. Solange darüber, ob und in welcher Weise die Angelegenheit im Wege der Reichsgesetzgebung ihre Erledigung erhalten wird, Gewißheit nicht besteht, erachtet es die Regierung nicht für angezeigt, daß zur Einführung dieser Einrichtung im Wege der Landesgesetzgebung Schritte ergriffen werden. (Beifall.)

Abg. Behnter (Soz.) nimmt für das Zentrum das Verbot in Anspruch, ein hervorragendes Maß für soziale Fragen an den Tag gelegt zu haben. Er spricht sich für die Notwendigkeit von Arbeiterorganisationen aus, die aber nur möglich seien auf dem Wege der Reichsgesetzgebung. Wie der Minister bereits darauf hingewiesen hat, habe die Reichsregierung die Vorlage eines Gesetzes betr. Arbeiterorganisationen dem Reichstage in Aussicht gestellt. Auf dem letzten Landtag sei eine Resolution zugunsten der Schaffung von Arbeiterorganisationen beschlossen worden. Er und seine Freunde seien auch ganz auf dem Boden dieser Resolution, nur sei die Voraussetzung, unter welcher damals die Resolution gefaßt wurde, heute nicht mehr vorhanden. Die Schaffung von Arbeiterorganisationen auf dem Wege der Landesgesetzgebung könne solange nicht in Frage kommen, als auf dem Wege der Reichsgesetzgebung die Schaffung einer solchen Vertretung nicht ausgeschrieben ist. Redner verweist sich dann über die Frage, ob Arbeiterkammern oder Arbeitsämtern zu empfehlen seien. In den Arbeiterkammern könne er einen Ausgleich der gegenseitigen Interessen und eine vollwertige Vertretung der Arbeiterschaft nicht erblicken, diese könne nur gefunden werden in der Schaffung von Arbeiterkammern, wie dies ja auch dem Sinne der kaiserlichen Verfassung v. J. 1890 liege. Keine Arbeitervertretungen würden nur Arbeiterinteressen zu vertreten haben, und könnten nicht in eine Parallele gebracht werden mit den Handels- und Landwirtschaftskammern. Neuerdings sei die Anregung gemacht worden, die Arbeiterorganisationen an die Gewerbegerichtsdirektionen anzuschließen; diese Anregung sei aber nicht als letzter Schritt gedacht, sondern nur als eine vorläufige Maßnahme, die er immer empfehlen könne. Das letzte Ziel werde darum immer die Schaffung von völlig selbständigen Organisationen.

Abg. Dr. Witz (natl.): Der Schaffung von Arbeiterorganisationen habe sich keine Partei schon des letzteren freundlich gegenübergestellt. Wenn im badischen Landtag die Gesetzgebung in dieser Frage nicht in Angriff genommen wurde, so sei dies darauf zurückzuführen, daß die Materie der Reichsgesetzgebung angehört, und das Reich habe sich dieser Aufgabe auch nicht entzogen. Die Frage, ob die badische Regierung mit einem eigenen Werkentwurf hervortreten solle, sei dem vorigen Landtag abgelehnt worden; nur wenn das Reich sich seiner Aufgabe hier entziehe, habe der letzte Landtag empfohlen, die badische Regierung um Vorlage eines eigenen Gesetzesentwurfes zu ersuchen. Die Schaffung von Arbeiterorganisationen sei nur ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber den vielen schon vorhandenen Berufsorganisationen. Freilich sei es nicht richtig, zu behaupten, daß alle übrigen Berufe bereits organisiert seien, wobei er auf die Priorenkammern hinwies. Die Frage, ob Arbeiterkammern oder Arbeitsämtern zu schaffen seien, landwärtlich der Redner dahin, daß gewiß große Vorteile für die Arbeiterschaft in der Schaffung von reinen Arbeiterkammern lägen, daß aber auf der anderen Seite die Schaffung von Arbeitsämtern deshalb vorzuziehen sei, weil in diesen Kammern ein Zusammenwirken von Arbeitern und Arbeitgebern ermöglicht werde. In den Gewerbebetrieben haben wir eine Institution, die sich vorzüglich bewährt habe, besonders infolge der hier gebotenen Gelegenheit einer Aussprache zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Den Arbeiterkammern sei vor den Arbeitsämtern, obwohl er beiden sympathisch gegenüberstehe, der Vorzug zu geben. Eine Landesorganisation der Arbeiterkammern würde gewiß sehr viel Vorteilhaftes haben, vorerst müßten aber die reichsrechtlichen Schritte abgewartet werden. Der Frage, welcher Partei der Vorrang in sozialen Dingen zuzuerkennen sei, mochte er nicht weiter näherzutreten. Er sei der Meinung, daß alle Parteien in der sozialen Frage zusammenarbeiten sollten. Die Regierung müsse von dem Vorwurz seeligen, daß sie für Meer und Marine immer eine offene Hand, nicht aber für soziale Einrichtungen, habe. Ohne den letzten Satz des Reiches, hätten

wie heute vielleicht nicht in friedlicher Arbeit zusammenfassen. Er möchte die Regierung bitten, für einen möglichst raschen Abschluß der Frage Sorge zu tun. (Beifall.)

Abg. Kolb (Soz.): Die Erklärung der Regierung sei ja sehr freundlich, allein nach den gemachten Erfahrungen habe seine Partei doch nicht allzu große Hoffnungen. Den Wünschen der Arbeitgeber würde die Regierung viel eher gerecht. Die Arbeiterorganisationen verlangten sie als Fortsetzung der sozialen Reform und als ein Mittel zum Ausgleich zwischen Arbeiter und Arbeitgebern. Vom Zentrum sei man ja gewöhnt, daß es sich bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit lobt, allein das Zentrum treibe nur Sozialpolitik der Art gehörend, nicht dem eigenen Triebe. (Sehr richtig.) Das Zentrum habe Recht, die katholische Arbeiterchaft könne ihm, wenn es soziale Bestrebungen nicht fördere, verloren gehen. Wenn das Zentrum wirklich so arbeitserfreundlich wäre, so hätte es viel früher dafür eintreten müssen, daß sich die katholischen Arbeiter organisieren; die heutigen christlichen Gewerkschaften hätten eine Richtung eingeschlagen, welche dem Zentrum selbst nicht lieb sei. Wenn seinerzeit die Sozialdemokraten Arbeitssammern empfohlen haben, so sei dies nicht geschehen, weil sie diesen vor den Arbeitssammern den Vorschlag gaben, sondern weil sie der Meinung waren, daß dafür die Regierung und die Mehrheit eher zu haben sei. Kolb spricht sich für Arbeitssammern aus.

Abg. Bogei (Dem.) weist den Vorwurf zurück, daß die bürgerlichen Parteien nur theoretisches und kein praktisches Wohlwollen für die Arbeiter haben. Seine Partei habe die Arbeitervertretung zur programmatischen Forderung erhoben. Das Wichtigste für ihn bei der Frage sei, daß überhaupt etwas geschehe, gleichviel unter welchem Namen und welcher Form. Es wäre ihm freilich angenehmer gewesen, wenn die Regierung gesagt hätte, daß in der nächsten Zeit die Arbeiterorganisationen vom Reich geschaffen würden oder daß sie im anderen Falle selbst die Schaffung von Arbeitervertretungen in die Hand nähme. Die Befundung des festen Willens würde vielleicht bewirken, daß die Frage bei der Reichsregierung in etwas schnellerem Tempo erledigt würde. Er würde es für kein Unglück halten, wenn die badische Regierung Arbeiterorganisationen schaffen würde; wir würden Erfahrungen gesammelt haben, wenn diese Vertretungen von Reichswegen geschaffen sind. Der Frage, daß es auch noch andere Berufsstände gibt, wie vor allem die Privatbeamten, für welche eine Berufsorganisation geschaffen werden sollte, weisen wir selbstverständlich freundlich gegenüber. Für die Staatsbeamten empfiehlt er als Vertretung dieser die Anstellung eines Beamteninspektors. Im großen und ganzen werde seine Forderung der Schaffung von Arbeiterorganisationen volle Unterstützung genießen. (Beifall.)

Abg. Wittum (nall.) steht auf dem Standpunkt, daß es nicht Sache einer kleineren Regierung sei, Arbeiterorganisationen zu schaffen, sondern Reichs Sache. Ein Experimentieren kleinerer Bundesstaaten auf dem Gebiete der Sozialpolitik sei immer gefährlich, da später diese Gesetzgebung von der Reichsregierung durchbrochen oder aufgehoben würde. Die Frage, ob Arbeiterkammern oder Arbeitssammern eingeführt werden sollten, sei noch nicht zu entscheiden, er neige der Schaffung von Arbeitssammern zu. In einer Kammer, die nur aus Arbeitern zusammengesetzt sei, würde nie die nötige Sach- und Sachkenntnis vorhanden sein; diese wäre nur in Arbeitssammern zu finden, welche ein vorzügliches Mittel sei, die Wege für die Befreiung und den sozialen Frieden zu sichern. (Beifall bei den National Liberalen.)

Abg. Weizer (Ztr.): Im Interesse der Ausgleichung der Gegensätze und des sozialen Friedens seien Arbeitssammern zu empfehlen. Obwohl für die Arbeiter schon vieles geschehen sei, sei er doch nicht der Meinung, daß die Kompromißlösung der Arbeiter schon abgelaufen ist. Redner polemisiert gegen die Ausführungen Kolbs bezüglich der Sozialpolitik des Zentrums.

Abg. Schmidt-Wrothen (kon.) spricht sich für Arbeitssammern aus. Es sei nicht richtig, daß in reinen Arbeitssammern die Interessen der Arbeiter nur einseitig vertreten würden, sonst könnte man diesen Vorwurf gegenüber allen übrigen Berufsorganisationen gleichfalls erheben.

Abg. Pfeiffle (Soz.): Waden solle nicht warten, bis das Dreiklassenparlament in Sachsen oder gar in Preußen in dieser Frage schließend vorgehe. Haben doch Einzelstaaten schon Landwirtschaftskammern eingeführt, ohne erst auf das Reich zu warten. Sie glaubten nicht mehr an den redlichen Willen der Reichsregierung, Arbeiterorganisationen einzuführen, auf welche man seit bereits 35 Jahren warte. Daß man bisher noch keine Arbeitervertretung geschaffen habe, charakterisiere deutlich den Klaffenhaat. Die Regierung solle nicht abwarten, bis die Reichsregierung mit einem Entwurf komme, sondern solle selbst einen Entwurf über die Arbeiterorganisationen einbringen.

Abg. Jehnter (Ztr.) polemisiert gegen die Ausführungen Kolbs. Das Zentrum treibe nicht der Art gehörend Sozialpolitik, sondern aus innerem Triebe. Als nach Marx und Engels internationale Politik treiben, habe bereits Bischof Ketteler die Aufgaben seiner Zeit erkannt, und auch weiterhin habe das Zentrum die Interessen der Arbeiterschaft vertreten, wie der Abg. Jehnter an der Hand von Beispielen nachweisen sucht. Mit den Forderungen der Sozialdemokratie könne allerdings das Zentrum nicht Schritt halten, das könne aber keine Partei, die reale Politik treibe. Die Sozialdemokratie stelle immer die möglichst weitgehenden Forderungen, um die Kluft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern möglichst weit auseinanderzureißen und die Gegensätze zu verschärfen. Des Weiteren weist der Abg. Jehnter den Vorwurf zurück, daß das Zentrum vor den Gewerkschaften seine Arbeiter nicht organisiert hätte. Der Abg. Weizer habe seine Forderungen im Gefährdungsgebiet freigegeben gesammelt und seines Wissens habe auch der Abg. Dresbach in diesen Gefahrenbezügen geleistet. Diese Vereine seien vor den Gewerkschaften der Sozialdemokraten das beste. (Burst des Abg. Süßkind: Da haben wir ja noch nicht gelebt.) — Abg. Jehnter: Sie haben auch schon gelebt; Sie brauchen sich nicht als Jungling aufzuführen. (Weiterfall.)

Abg. Oßfischer (nall.) lenkt die Diskussion wieder zum eigentlichen Gegenstand der Tagesordnung zurück. Die Allgemeinheit aber ein großes Interesse daran, daß die Kämpfe zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern beendet und die Gegensätze ausgeglichen würden, das Konsummentum sowohl als das Produzententum, sowie auch der Staat. Es sei darum zu begrüßen, daß sowohl von den Arbeitern als vom Unternehmertum der Ausgleich der Gegensätze angestrebt würde. Die Schaffung von Arbeitervertretungen sei auch von der nationalliberalen Partei stark gefördert worden; er erinnere nur an den Antrag Pasche, Dehl u. Gen. im Reichstag vom 29. November 1903. Wenn die Organisation der Arbeiter geschaffen wird, welche Gestalt soll dieser Gedanke annehmen? Er glaube, daß Gründe genug vorliegen, die Frage im Sinne der Arbeitssammern zu erledigen. Ihre Aufgabe würde die sein, eine ganze Reihe von Fragen zu lösen, das ganze Gebiet des Arbeiterwohlfahrts, der Arbeiterwohlfahrt also, zu umfassen und auch entscheidende Streitigkeiten wie auch Streit zu schlichten. Diese Aufgaben könnten nur in zufriedenstellender Weise gelöst werden in Organisationen, in welchen Arbeiter u. Arbeitgeber sitzen. Er habe die Pflicht vor der Sozialdemokratie, die mancher angestellte Beamter haben nicht, er glaube, daß die Sozialdemokratie in diesen Organisationen Farbe bekennen müsse und Stellung nehmen zu den einzelnen Fragen; und in den Fragen der Praxis auf den Boden der Möglichkeit zu stellen genügt wäre. Die Organisationen an die Gewerbevereine anzuschließen, sei sehr bedenklich, da die Gewerbevereine zu dem ausschließlichen Zwecke geschaffen sind, Recht zu sprechen. Die Wahlsache zu den Arbeitervertretungen müßten im prozessionalen Wahlverfahren vorgenommen

werden, da nur so ein den wirklichen Verhältnissen entsprechender Wahlaufschlag garantiert sei. Eine Schaffung von Arbeiterorganisationen auf dem Wege der Landesgesetzgebung könne er nicht empfehlen. Die badische Regierung solle heute dazu gedrängt werden, im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß die Frage der Arbeitervertretung möglichst bald geregelt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geh. Oberreg.-Rat Strauß: Der Abg. Pfeiffle habe ausgeführt, daß er nicht so recht glauben könne an den redlichen Willen der verbündeten Regierungen, die Frage der Arbeitervertretung auf dem Wege der Reichsgesetzgebung durchzuführen. Es sei dies schon widerlegt durch die Erklärung des Staatssekretärs im Reichstage vom 9. Dez. v. J. Die gesetzgebende Tätigkeit bezüglich der Berufsvereine müsse erst abgewartet werden, ehe man an eine Regelung der Arbeitervertretung denken kann. Er könne nur wiederholen, daß die Grob-Regierung nach wie vor bereit sei, die Angelegenheit möglichst bald einer gesetzlichen Regelung entgegenzuführen. Wenn die Grob-Regierung der Meinung ist, daß es nicht angezeigt sei die Frage auf dem Wege der Landesgesetzgebung zu regeln, so sei diese Meinung in der Debatte unterliegt worden. (Beifall.)

Abg. Dr. Frank (Soz.) bemüht sich, die vom Abg. Jehnter für die Zentrumspartei in Anspruch genommenen sozialpolitischen Verdienste auf ein Nichts zurückzuführen. Des Weiteren empfiehlt er die Schaffung von Arbeiterkammern und die Regelung dieser Frage auf dem Wege der Landesgesetzgebung.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Süßkind (Soz.) und dem Schlusswort des Abg. Jooft (Soz.) wie persönlichen Bemerkungen der Abg. Bing, Jehnter und Süßkind wird die Debatte über die Arbeitervertretungen geschlossen.

Der weitere Punkt der Tagesordnung betrifft den Bericht der Subjekt-Kommission über die Nachweisungen der in den Jahren 1903 und 1904 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung.

Abg. Siehler (Ztr.) erstattet den Bericht, welcher gedruckt vorliegt. Die Subjekt-Kommission stellt den Antrag:

„Die Kammer erklärt, daß sie die Rechnungsnachweisungen über die in den Jahren 1903 und 1904 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung, bestehend in: a) den Hauptstaatsrechnungen nebst Betriebsfondsbildstellungen, b) den Rechnungen der Amortisationskasse, der Domänengrundbesitzkasse und der Eisenbahnschuldentilgungskasse, c) den Rechnungen der aus der Hauptstaatsrechnung ausgegliederten Verwaltungszweige zur Kenntnis genommen und dazu keine besondern beanstandete Bemerkung zu machen hat.“

Der Antrag wird angenommen.

Schluss der Sitzung 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Samstag, 20. Januar 9 Uhr: Geschäftliche Behandlung von Antagen und Berichte der Subjekt-Kommission.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Darmstadt, 18. Januar. Gestern Abend gegen 7 Uhr wurde in der Stadtanne in der Nähe der Schleifstraße ein 14jähriges Gymnasiast, Sohn eines hiesigen Arztes, erschossen aufgefunden. Es ist noch nicht festgestellt, ob Mord oder Selbstmord vorliegt. Die Untersuchung dauert an.

* Stuttgart, 18. Jan. Die Kammer hat das Gesetz über die Bahnbetriebsstellen einstimmig angenommen. Am Mittwoch beginnt die Beratung der Verfassungsreform.

* Berlin, 17. Jan. Die „Kreuzzeitung“, die es wissen dürfte, bemerkt die Meldung über den bevorstehenden Rücktritt des Herrn v. Lucanus. Dies sei völlig aus der Luft gegriffen. „Grellens v. Lucanus“ sähle sich ganz vollster grüßter und körperlicher Freude der Würde seines Amtes noch lange gewachsen und erfreue sich nach wie vor des unerschütterlichen Vertrauens seines Allerhöchsten Herrn.“

* Berlin, 18. Jan. Heute mittag 12 Uhr fand im Schlosse mit großem Prunk und Zeremonie das Fest des Schwarzen Adlers ordens statt. Der Kaiser, als Großmeister des Ordens, vollzog die Aufnahme in den Orden. Es wurden aufgenommen: Prinz August Wilhelm von Preußen, der Herzog von Sachsen-Koburg, Oberkammerherr Fürst zu Solms-Baruth, Admiral von Hollmann, Graf Schütz, genannt von Öhrn, Staatsminister Graf Solodowoff, Staatsminister von Budde, Fürst zu Fürstberg und Wolfshalter a. D. Graf Wendenleben. Hieraus wurde unter Vorwort des Kaisers ein Kapitel des Ordens in Gegenwart der anwesenden 48 Ritter abgehalten.

* Pest, 17. Jan. Schon in nächster Zeit wird die Regierung nochmals versuchen, die verbündete Opposition zur Uebernahme der Regierung zu veranlassen. Nächst der Versuch, dann soll im Laufe des Februars das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden, doch werden Neuwahlen in absehbarer Zeit nicht ausgeschrieben werden.

* Brüssel, 8. Januar. Die britische Regierung sprach sich auf das Entschieden der technischen Behörden zu Gunsten des Krupp'schen Materials aus.

* London, 18. Jan. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio vom 18. Januar: Ähnliche Erhebungen bekräftigen in vollem Umfange die Nachrichten von bedenklicher Natur der Hungersnot in Japan und der wirklich völligen Misere in Norden des Landes. Danach befanden sich 958875 Personen im Zustande äußerster Verelendung.

* London, 18. Jan. „Daily Telegraph“ bringt eine amtliche Meldung aus Tokio, nach der der Hafen von Wladiwostok den ganzen Winter mit Hilfe von Eisbrechern offen gehalten wird und es nunland somit gelangen ist, sich einen das ganze Jahr über zugänglichen Hafen im fernen Osten zu sichern.

* London, 18. Januar. Das Auslandliche Amt hat einen bedeutamen Bericht über den deutschen Handel mit Indien veröffentlicht, der vom britischen Generalkonsul Ward in Hamburg zusammengestellt worden ist. Es wird darin erklärt, daß der Handel zwischen Deutschland und Indien eine merkliche Steigerung während des letzten Jahrzehnts erlitten habe, indem der Gesamtwert des Jahresumsatzes von Indien nach Deutschland während dieses Zeitraumes um etwa 50%, der Gesamtwert des Exportes um etwa 100%, zugenommen habe.

Die französische Präsidentschaftswahl. (Siehe Ausland! D. Ned.)

* Paris, 18. Januar. In den Abendstunden wurde das Gerücht verbreitet, daß Doumer keine Kandidatur als Kammerpräsident geben wolle. Von ihm nachherer Seite wurde jedoch dieses Gerücht entschieden bement und als eine Nachbarschaft der Kadlalen bezeichnet; er werde bereit in der heutigen Vormittags-Sitzung der Kammer den Vorsitz führen. Mehrere Deputierte der äußersten Linken (denen übrigens erklärt haben, daß sie Doumer durch feindliche Kundgebungen das Bewirken an dem Präsidentschaftswahl unmöglich machen wollen. Der präsidentielle Kandidat Doumer, einer der intimsten Freunde des Doumers, erklärte einem „Rechtserklärer“ der „Matin“, daß der Kammerpräsident demnach eine Rede halten werde, durch die er seine republikanischen Ansichten äußern werde.

Wahlrecht-Ausführungen in Hamburg. * Hamburg, 18. Jan. Die gestrigen Versammlungen waren von 16—17 000 Personen besucht. Bei einem Kravall in Schroppensicht wurden mehrere Schuhmacher darunter 3 Leben gefährlich verletzt. Mehrere Häden wurden ausgeraubt. In zwei Uhrenläden wurden Waren im Werte von 10 000 Mark geraubt und an dreißig Häden Fensterbänke zerstört.

Die englischen Wahlen. * London, 18. Januar. Die Wähler schreiben das Wahlergebnis in Birmingham allgemein der hervorragenden Persönlichkeit und dem klugen Chamberlain zu. Aus der Veröffentlichung geht hervor, daß 33 Anwärter der Arbeiterpartei gewählt sind, von denen 20 dem Arbeitervereinsvereins angehören, der sich auf Schaffung einer unabhängigen Arbeiterpartei verpflichtet hat.

Die Marokkofonferenz. * Berlin, 17. Jan. In Paris diplomatischen Kreisen verläutet der „Post“ zufolge, aus Anlaß der Zusammenkunft der Marokkofonferenz habe sowohl zwischen dem Präsidenten Loubet und Kaiser Wilhelm, als auch zwischen dem Ministerpräsidenten Rouvier und dem Reichskanzler Fürsten Bülow ein freundschaftlicher Depeschenwechsel stattgefunden, in welchem die gegenseitigen Wünsche für den Erfolg der Verhandlungen in Algiciras zum Ausdruck gelangten.

* Madrid, 17. Jan. Heute morgen bricht der französische Botschafter mit dem Ministerpräsidenten über die Marokkofrage.

* Algiciras, 18. Jan. Die heutige Sitzung, die auf 8 Uhr nachmittags anberaumt ist, trägt keinen offiziellen Charakter und ist ohne Ausgabe einer offiziellen Note. Gegenstand der Vorbereitung bildet die Befestigung des Waffenschmieds.

* Algiciras, 18. Januar. Die Arbeiten des Bureaus der Konferenz dauern bis in die späte Nachmittagsstunde. Ueber die Einrichtung von Kommissionen zur Beratung der einzelnen Materien ist noch keine Bestimmung getroffen.

Die Revolution in Rußland.

* Warschau, 18. Jan. Fünf Mitglieder der anarchistischen Organisation wurden gestern wegen verschiedener Bombenattentate zum Tode verurteilt und heute in der hiesigen Festung hingerichtet.

Deutscher Reichstag.

v. Berlin, 18. Januar. Am Bundesrätliche Erörtern von Hohelohe-Langenburg und von Cernm. Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesetzesentwurfes betr. Uebernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn-Dank-Rangensubaberge. Der Bau und Betrieb dieser Eisenbahn wird einer zu bildenden Kammergesellschaft übertragen. Das Gesamtkapital von 17 Millionen zerfällt in 170 000 Anteile von je 100 M. Die Anteile sind in zwei Kategorien geteilt. Die Anteile, umfassen ein Kapital von 6 Millionen, genießen keine Reichsgarantie weder hinsichtlich der Vergütung, noch der Rückzahlung des Kapitals. Für die Anteile 11 Millionen ist dagegen eine jährliche Vergütung von 3 Prozent und eine Reichsgarantie vorgesehn.

Prinz von Hohelohe-Langenburg: Ich möchte zunächst in Kürze das Urteil mitteilen, welches wegen der Abwahnpflichtung gefällt wurde. Der Hauptling King Alina ist wegen Verleumdung und Beleidigung des Gouverneurs von Puttammer zu 9 Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt worden. Gegen andere Hauptlinge ist wegen desselben Delikts auf Strafe von 7 bis 1 Jahre Gefängnis und Zwangsarbeit erkannt worden. Redner teilt den Urteilstenor im Wortlaut mit. Die Befreiung des Urteils ist noch nicht erfolgt. Es wird einer genauen Nachprüfung unterzogen werden. Am 1. Februar erwarten wir das Eintreffen Puttammer, dessen Aussagen zur Aufklärung dienen werden. Nebenfalls bin ich bereit, sobald das gesamte Material vorliegt, in der Kommission eingehende Mitteilung zu machen. Nach den Berichten von Kamerun sind die dortigen Verhältnisse keineswegs als ruhig zu bezeichnen. Es ist dort bekannt geworden, mit welchen Schwierigkeiten die Deutsche Kolonialverwaltung in Ost- und Südwestafrika zu kämpfen hatte. Eine Gefahr für die deutsche Herrschaft in Afrika ist daher nicht ausgeschlossen. Dies mußte die Kolonialverwaltung veranlassen mit Maßnahmen zu ergreifen, die die Kolonialverwaltung sehr vorzüglich zu sein. Es sei zu bedenken, wie man sich auch dem Gouverneur gegenüber zu verhalten hätte. Er (Redner) habe dessen Abberufung für notwendig gehalten, weil ihm davon liegt, gegenüber den vielen Anklagen und Angriffen gegen die Kolonialverwaltung, speziell in Kamerun, mögliche Klarheit zu schaffen. Er hoffe, daß durch den Gouverneur Selbsterklärung gegeben werde, den verantwortlichen Personen hier detaillierte Informationen zu geben, die die Wahrheit vollständig aufzuklären werde. Redner begründete dann den vorliegenden Gesetzesentwurf und wies auf den Zweck des Kamerun-Gebietes hin. Der Bau der Bahn sei erforderlich. Er bitte, der Vorlage zuzustimmen.

Erzberger (Ztr.) führte aus: Meine Freunde hoffen, daß der Subjekt-Kommission möglichst bald die gedruckte Begründung des Gesetzes gegen die Abwahnpflichtung zugehe. Trotz mancher unliebsamer Vorwissenisse treibe seine Partei der Vorlage durchaus sympathisch gegenüber. Er beantrage Ueberweisung an die Subjekt-Kommission und tunlichst rasche Beandlung.

Erzberger von Hohelohe-Langenburg erklärte, um Mißverständnisse vorzubeugen, daß ein unmittelbare Bestätigung des Rufstandes nicht beabsichtigt. Die Erfahrungen im Osten und Südwesten Afrikas lehren aber, daß Wachsamkeit und Vorzicht zu beobachten seien. Die Weiterführung der Bahn bis Tidjemet könne erst erwogen werden, sobald die nötigen Erfahrungen vorliegen.

Geschäftliches.

* 75,000 Mark baar ohne Abzug ist der erste Hauptgewinn, der nur für R. 330 durch ein Wohlfahrtslos schon in der Sitzung am 14., 15., 16. und 17. Februar wieder gewonnen werden muß. Diesem 75 000 Mark Haupttreffer reihen sich weitere 12 976 Geldgewinne von 20 000 M., 25 000 M., 15 000 M. usw., bis herab zu 15 M. an, die insgesamt 490 000 M. betragen. Wohlfahrtslose sind jetzt noch zum amtlichen Preise von M. 330 durch die bekannten Verkaufsstellen oder durch Ad. Müller u. Co. in Berlin, Breitestraße 5, in Nürnberg, Kailserstraße 38, und in München, Kaufingerstraße 30, zu beziehen.

Verantwortlich für Politik: L. O. Feil Kayser, für Kunst, Revue und Vermischtes: Fritz Kayser, für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Richard Schaefer, für Volkswirtschaft und den übrigen redaktionellen Teil: Carl Hysel, für den Inseratenteil und Geschäftliches: Franz Birker, Druck und Verlag der Dr. G. Haschen Buchdruckerei, G. m. b. H.: Director Ernst Müller.

Volkswirtschaft.

Manheimer Produktentörse. Beeinflusst durch die schwächere Haltung der auswärtigen Börsen, sowie durch die bei uns herrschende warme Witterung...

Ernterei zum Störchen, A. G. Spener. Die außerordentliche Generalversammlung nahm nach kurzer Diskussion einstimmig die Entzüge der Verwaltung an...

Wuppertaler Erntereigesellschaft in Kaiserslautern. Die Generalversammlung vom 16. Januar genehmigte sämtliche Entzüge der Verwaltung. Es gelangt somit eine Dividende von 8 Prozent zur Auszahlung...

Der Aufsichtsrat der Leipziger Baumwollspinnereien beschloß für den 16. Februar einberufende Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1905 die Verteilung einer Dividende von 16 Prozent...

Zusammenfassung der Stoffruder. Die Stoffruder haben sich wie der Markt allgemein ausbreitet, am 1. Januar d. J. zu einer Preissteigerung von circa 15 Prozent...

Erntereigesellschaft W. Reff Aktienbrauerei, Heidenheim a. N. Werra. Nach M. 42 900 (l. R. 40 250) Abschreibungen schließt die Gesellschaft in 1904/05 mit einem Reingewinn von nur 10 283 Mark...

Fabrik für Nähmaschinen-Stahl-Apparate vorm. J. Reiblich, Berlin. Die Gesellschaft teilt mit, daß die Dividende für 1905 voraussichtlich höchstens 12 Prozent betragen wird...

Die deutschen Schnellpressenfabriken haben sich mit einigen Änderungen vereinigt und werden infolge der Steigerung der Materialpreise und Wägen einen 10prozentigen Preisrückgang einleiten lassen...

Die Getreideernte für die Städte Reichenheim-Bremern wurde gestern um 15 Prozent auf 50 Prozent erniedrigt; die Notierung für die Waare Reichenheim-Bremern blieb unverändert 70 Prozent. Neue Aktiengesellschaft. Unter Mitwirkung der Bayerischen Bank für Handel und Industrie wurden die 1888 gegründeten Spiegel- und Tafelglasfabriken von Franz Schrenk in Lobberg-Oberland und von Andreas Bauer in Södingen in Reichenheim und Reichenheim, sowie deren gemeinschaftliche Filialen...

Im Wechselkursen wurden pro Dezember im Reichspostgebiet M. 1 044 147 und vom 1. April bis Ende Dezember Markt 6 680 227 oder M. 1 014 798 mehr verzeichnet, und im ganzen Reich M. 1 165 294 bzw. M. 1 071 806 oder M. 1 080 798 mehr.

Erhöhung der Meisenpreise. Der Geschäftsgang der hiesigen und mitteldeutschen Meisenindustrie ist gegenwärtig äußerst beschränkt, da die meisten Werke mit dringlicher Auslandsarbeit überhäuft sind und auch vom Inlande fast in Anspruch genommen werden. Hier ist es besonders der Bedarf des Baumwerkes, der die Meisenhersteller stark anspannt; in Baubeschlägen, Holzschrauben, Schrauben und dergleichen mehr können die Werke kaum den an sie gestellten Anforderungen genügen. Da nun auch die Feinstahlindustrie fast mit Arbeit überhäuft ist und hier wie auch namentlich in der eigentlichen Meisen- und Mutterindustrie die Rohstoffe, insbesondere Meisen, Schrauben- und Mutterisen aus Schweden, eine erhebliche Verteuerung erfahren haben, können auch die Arbeiter eine ständig aufwärts gerichtete Richtung verfolgen, so haben sich die mitteldeutschen und hiesigen Meisenhersteller veranlaßt gesehen, einen Preisrückgang von 10 Prozent auf die gangbarsten Waren einzuführen zu lassen, um auf diese Weise einen Ausgleich zwischen den gesteigerten Selbstkosten und den Verkaufspreisen der Fertigerzeugnisse zu schaffen.

Preisveränderung für Gießerei-Rohstoffe. Die Preise für Gießerei-Rohstoffe sind für die zweite Hälfte des laufenden Jahres nunmehr festgesetzt worden. Sie stellen sich für Hämatit auf 82 Mark, für Gießerei-Rohstoffe Nr. 1 auf 78 Mark, und für Nr. 2 auf 70 Mark. Das bedeutet gegenüber den bisherigen Preisen für Hämatit eine Erhöhung um 10 Mark, für Nr. 1 um 7 Mark, und für Nr. 2 eine solche um 8 Mark.

Die Vereinigten Baumwollspinnereifabrikanten beschlossen, demnächst eine Betriebsbeschränkung von 10 Prozent vorzunehmen. Ferner wird beschloffen, ein gemeinsames Vorgehen gegen die Verteuerung der Rohstoffe, die solche von den amerikanischen Baumwollspinnern geplant ist, in Angriff zu nehmen.

Stände der russischen Montanindustrie. Ein in Charlottensamerungeleiteter Kongreß von Montanindustriellen Russlands unter dem Vorsitz des Geschäftes des Verkehrsministers stellte durch einen Meinungsaustausch von vierzig Großindustriellen fest, daß im Donetzbecken eine gewaltige Krise droht, welche den Aufwandsdruck aller Kohlengruben nach sich ziehen würde. Die Kohlenpreise wären enorm, allein wegen des Lokomotiv- und Wagenmangels und wegen des Streiks sei keine Ausfuhr möglich. Charlottensamerungeleitet unter Kohlenmangel. Einige Fabriken wurden wegen Mangel an Reismaterial geschlossen.

Deutsche Getreidebestellungen in Amerika. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus New York gemeldet, Deutschland schide gegenwärtig außerordentlich viele Getreidebestellungen, Lieferbar vor Mitte Februar, nach New York.

Telegramme. * Berlin, 18. Jan. (W. B.) Die Deutsche Reichsbank hat den Diskont auf 5 Prozent, den Lombardzinsfuß auf 8 Prozent herabgesetzt.

* Berlin, 18. Jan. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete Präsident Dr. Koch den Antrag auf Herabsetzung des Diskonts auf 1 Prozent, mit dem harten Rückstrom von Geldern an die Reichsbank, welcher in der letzten Woche stattgefunden hätte, sowie mit dem nicht unangünstigen Stand der ausländischen Wechselkurse. Der Zentralausschluß erklärte sich einstimmig mit dem Vorschlage einverstanden.

Kursblatt der Mannheimer Produktentörse

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Hafer, etc., and their prices. Includes sub-sections for 'Weizen hierland', 'Roggen, pfälz.', 'Hafer, württ. Kl.', etc.

Getreide ziemlich unverändert. * Oesterreichisches Petroleum notiert bis auf Weiteres in Oesterreich 17.80, in Belgien (Barrel) 21.60 per 100 kg netto vergesst ad hiesigen Lager.

Mannheimer Effektenbörse

Die heutige Börse verkehrte zu etwas niedrigeren Coursen. Die Aktien des Verein Deutscher Zellfabriken wurden zu 138.50 % gehandelt...

Die heutige Börse verkehrte zu etwas niedrigeren Coursen. Die Aktien des Verein Deutscher Zellfabriken wurden zu 138.50 % gehandelt. Ferner blieben erhöht: Verein Chem. Fabriken zu 335 %...

Table of financial instruments including Pfandbriefe, Obligationen, Aktien, and Banks. Lists various companies and their stock prices.

Table of Banks and their services, including Pfälz. Landwirtsch. Bank, Rhein. Hyp. Bank, etc., with columns for 'Brief' and 'Geld'.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt, 18. Jan. (Fondsbörse.) Heute lagen an der Börse nur günstige Nachrichten vor. Die Herabsetzung des Bankzinsfußes um 1 pCt. machte neben den günstigen Nachrichten aus dem Kohlenrevier sowie auch auf dem Eisenmarkt guten Eindruck...

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Table of exchange rates for various locations like Amsterdam, Berlin, London, etc., under the heading 'Schluß-Kurse'.

Table of stock prices for various companies and sectors, including 'Aktien industrieller Unternehmen' and 'Bergwerks-Aktien'.

Table of bank and exchange rates, including 'Bank- und Wechselkurse'.

Table of bond and obligation prices, including 'Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen'.

Table of bank and exchange rates, including 'Bank- und Wechselkurse'.

Frankfurt a. M., 18. Januar. Kreditaktien 211.60, Staatsbahn 142.60, Lombarden 28.90, Disconto-Commandit 184.60. Raab'sche Kreditaktien 211.60, Staatsbahn 142.60, Lombarden 28.90, Disconto-Commandit 184.60.

Berliner Effektenbörse.

Table with columns for stock prices and exchange rates. Includes entries for 'Stücknoten', 'Kauf. Anl. 1902', '3% Reichsanleihe', etc.

W. Berlin, 18. Januar. (Telegr.) Rohstoffe. ...

Berlin, 18. Jan. (Fondsbörse.) Auf die Herabsetzung des Bankdiskonts sowie auf den effener Marktbericht...

aktien auf gestrigen Stand behauptet. Große Berliner Straßenbahn auf Rückkäufe höher. Im weiteren Verlaufe Montanwerte um 1/4 bis 1/2 pEt. niedriger.

Pariser Börse.

Table with columns for Paris stock prices. Includes entries for '3% Rente', 'Italien', 'Spanien', etc.

Londoner Effektenbörse.

Table with columns for London stock prices. Includes entries for '3% Reichsanleihe', '5% Chinesen', '4% Indische', etc.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 18. Jan. (Produktenbörse.) Die gestrige Abschwächung des Getreidemarktes zog zwar noch Realisationen nach sich...

Table with columns for Berlin commodity prices. Includes entries for 'Weizen per Mai', 'Roggen per Mai', 'Hafer per Mai', etc.

Table with columns for Liverpool commodity prices. Includes entries for 'Weizen per März', 'Roggen per März', 'Hafer per März', etc.

Table with columns for Deutsche Reichsbank-Ausweis. Includes entries for 'Metallbestand', 'Reichsbanknoten', 'Noten anderer Banken', etc.

Bekanntmachung.

Am Freitag, den 19. ds. Mtz., vormittags 8 Uhr beginnend, wird wieder städtischer Fischmarkt im jetzigen Lokale N 6, I abgehalten.

Arzt advertisement for Dr. med. Otfried Mampell, Schwetzingenstraße 61.

Advertisement for 3 fleissige Waschfrauen, F. X. Schury, Friedrichsplatz 17 und P. 3, 5.

Zwangs-Versteigerung advertisement for Freitag, 19. Januar 1906, vormittags 10 1/2 Uhr.

Zwangs-Versteigerung advertisement for Freitag, 19. Januar 1906, nachmittags 2 Uhr.

Zwangs-Versteigerung advertisement for Freitag, 19. Januar 1906, vormittags 10 Uhr.

Zwangs-Versteigerung advertisement for Freitag, 19. Januar 1906, nachmittags 2 Uhr.

Zwangs-Versteigerung advertisement for Freitag, 19. Januar 1906, vormittags 10 Uhr.

Zwangs-Versteigerung advertisement for Freitag, 19. Januar 1906, nachmittags 2 Uhr.

Vermischtes advertisement for Geb. Herr Irund, Natur- und Kunstschmied.

Todes-Anzeige for Oskar Destreicher, Telegraphengehilfe, am Mittwochabend nach kurzem oder schwerem Leiden im Alter von 30 Jahren sanft im Herze entschlafen ist.

„Feuerio“ Grosse Karneval-Gesellschaft Mannheim. E. V. Sonntag den 21. Jänner cr., abends 8 Uhr 11 im Nibelungensaal des Rosengarten. Grosses Karnevalistisches Boettge-Konzert der bekannten Karlsruher Leib- und Hof-Kapelle.

Verloren.

eine rosa Korallenkette, abgegeben gegen gute Belohnung, Prinz Wilhelmstr. 10 III.

Unterleht.

The Berlitz School of Languages D 1, 2. Tel. 3898.

Geldverkehr.

Wer leih einen ja gebildeten Kaufmann sofort 100 RM gegen Ausborgung und monatliche Abzahlung in Raten von RM. 40-50, Offert. unter Nr. 4421 an die Expedition ds. Bl.

Verkauf.

Ein fast neue Radencourier, bestehend aus zwei großen Schrauben 2 1/2 in breit, eine Zehle sowie Schraubenschlüssel, eine große Kettenschraube, eine große Kettenschraube mit Nocken in Nadeln, Kettenschlüssel und nach Dreyfus wegschaltbarer Kette 2 Nocken. C. L. I. 32472

Elektro-Motore.

In jeder HP. neu u. gebraucht, sehr preiswert zu verkaufen. Max Kuhn jr., Mannheim, R. 7, 23. Telefon 1123, 1189.

Petroleum-Heizöfen.

Wiederholte in v. P. 5, 4. 32446

Zur Ballsaison.

Blumen, Bänder, Spitzen etc. spottbillig. P. 5, 4.

Stellen finden.

Tüchtiger Vertreter sucht gegen Lohn und Provision für Mannheim und Umgebung, besonders zum Verkauf billiger Waren...

Mietgesuche.

Möbl. Zim. part. od. 1. St., in sep. Gang, Neb. d. Hauptstr. u. anst. in Parkstr. 100 Hauptstr. hier.

Möbl. Zimmer.

Möbl. Zim. part. od. 1. St., in sep. Gang, Neb. d. Hauptstr. u. anst. in Parkstr. 100 Hauptstr. hier.

Ziehung.

Wohlfahrts-Lose 3,30 zu 100 nach 30 n. zu Zweck der Deutschen Schutzgebiete. 12 977 Gekgw. ohne Abzug Mk.

Large advertisement for Lud. Müller & Co. with numbers 490000, 75000, 50000, 25000, 15000, 3*5000=15000, 10*2000=20000, 20*1000=20000, 40*500=20000, 100*200=20000, 200*100=20000, 600*50=30000, 3000*30=90000, 9000*10=90000.

Zu vermieten.

kleine ruh. Kam. sucht auf 1. u. 2. St. eine jch. 8 Zim. Wohn. m. Anbeh. od. zwei 3 eventl. 4 Zim. Wohnungen in einem Hause. Angebote m. Preisangabe unt. Nr. 4434 a. d. Exp.

Luisenring 5.

3 Zim. m. Balkon u. 2. 4435

Rheinwillenr. 20.

3 Zim. m. Balkon u. 2. 4436

Möbl. Zimmer.

H 7, 26 2. St., gr. schön m. m. f. 3. 4. 4438

U 6, 4.

3 Zim. m. Balkon u. 2. 4439

Charlottenstr. 3.

3 Zim. m. Balkon u. 2. 4440